

## Die 'Soldatenmütter von St. Petersburg': 'Schützen wir unsere Söhne'

Butenschön, Marianna

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Butenschön, M. (2000). *Die 'Soldatenmütter von St. Petersburg': 'Schützen wir unsere Söhne'*. (Berichte / BIOst, 23-2000). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41633>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>  
E-mail: [administration@biost.de](mailto:administration@biost.de)

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Einleitung .....	9
1.1 Entstehung der Organisation .....	9
1.2 Struktur der Organisation .....	11
1.2.1 Die innere Gruppe .....	12
1.2.2 Die Freiwilligen.....	13
1.3 Arbeitsorganisation .....	13
1.3.1 Finanzierung.....	14
1.3.2 Internationale Kontakte .....	15
1.3.3 Erarbeitung der Methoden.....	15
1.4 Die "SM-S-Pb" und die anderen Petersburger NGOs .....	17
1.5 Rezeption in den Medien.....	17
2. Die "Schule der Menschenrechte".....	18
2.1 Teilnehmer/-innen .....	18
2.2 Allgemeine Leitsätze .....	18
2.3 Verfassung und Gesetze .....	20
2.3.1 Das Glück, das Vaterland und ein "richtiger Mann" .....	20
2.3.2 Die Grundrechte .....	21
2.3.3 Das Gesetz über die Wehrpflicht und den Wehrdienst .....	21
2.3.4 Die List der Argumente .....	21
2.3.5 Die Grundlagen der Gesetzgebung der Rußländischen Föderation über den Schutz der Gesundheit der Bürger .....	22
2.4 Die "Sieger" .....	23
2.5 Die "Läufer" .....	23
2.6 Praktische Hinweise .....	23
2.7 Die religiöse Komponente.....	24
2.8 Einzelberatungen.....	24

3.	Die Opfer .....	25
3.1	Der Fall Aleksej B. ....	25
3.2	Der Fall Aleksej P. ....	26
3.3	Der Fall Aleksej V. ....	27
4.	Die Soldatenmütter, die Militärs und die Politik.....	28
4.1	Die Mütter und die Militärs.....	28
4.2	Der alternative Dienst.....	29
4.3	Der Militärlehrstuhl.....	29
4.4	Der Krieg in Tschetschenien .....	30
4.5	Die Soldatenmütter und die Politik .....	32
4.5.1	Die Mütter und der Smol'nyj .....	32
4.5.2	Die Mütter und die Parteien .....	32
5.	Mängel und Schwächen.....	33
6.	Desiderata und Perspektiven .....	34
7.	Publikationen.....	35
	Summary .....	37

28. August 2000

Dieser Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Die Autorin arbeitet als freie Publizistin.

Redaktion: Peter Hübner/Brigitta Godel

## **Marianna Butenschön**

### **Die "Soldatenmütter von St. Petersburg"**

"Schützen wir unsere Söhne"

Bericht des BIOst Nr. 23/2000

#### **Kurzfassung**

##### *Vorbemerkung*

Die vorliegende Arbeit basiert auf Erkundungen während vier Aufenthalten (1996-2000) bei der Bürgerrechtsorganisation "Soldatenmütter von St. Petersburg". Erstmals wird der Versuch unternommen, die Tätigkeit russischer Soldatenmütter genauer zu schildern und zu analysieren. Zu diesem Zweck wurden Übungen in der "Schule der Menschenrechte 'Schützen wir unser Söhne'" der Petersburger Bürgerrechtsorganisation mit den nachfolgenden Einzelberatungen mehrfach aufgezeichnet. Außerdem wurden zahllose Interviews mit ratsuchenden Müttern und Großmüttern (selten mit Vätern) geführt. In den Jahren 1998-2000 hat die Zahl der Wehrpflichtigen und Wehrdienstleistenden, die sich *selbst* an die Soldatenmütter wenden, merklich zugenommen. Mit wenigen Ausnahmen waren die Interviewpartner/-innen ausgesprochen auskunftsfreudig. Deutlich zurückhaltend antworteten nur Offiziere der Petersburger Garnison, die gelegentlich bei den Soldatenmüttern anzutreffen sind. Auch Èlla M. Poljakova und Elena Ju. Vilenskaja, die beiden Vorsitzenden der Bürgerrechtsorganisation, wurden umfassend befragt. Ferner wurden die Publikationen und das Pressearchiv der Soldatenmütter herangezogen. Die Abschriften der Kassetten (Aufnahmen: 17.1.-5.2.2000) liegen dem BIOst vor. Die in der Arbeit vorkommenden Zitate entstammen diesen Aufzeichnungen.

##### *Ergebnisse*

1. Die "Soldatenmütter von St. Petersburg" gehören zur Bewegung der Soldatenmütter, die um die Wende zu den neunziger Jahren in der Sowjetunion entstand und sich unterschiedliche Zielsetzungen und Organisationsformen gegeben hat. Die Petersburger Gruppe wurde am 10. November 1991 gegründet und am 28. Februar 1992 als "Gesellschaftliche Rechtsschutzorganisation 'Soldatenmütter von St. Petersburg'" ("Obščestvennaja pravozaščitnaja organizacija 'Soldatskie materi Sankt-Peterburga'") registriert. Die "Soldatenmütter von St. Petersburg" sind eine unabhängige Bürgerrechtsorganisation, die nicht mit dem (bekannteren) Moskauer Komitee der Soldatenmütter Rußlands zu verwechseln ist. Die beiden Organisationen haben nichts miteinander zu tun. Auch zum Petersburger Komitee "Die Soldatenmutter", einer Armeegründung mit Sitz im Haus der Offiziere am Litejnij prospekt, besteht kein Kontakt.

2. Die "Soldatenmütter von St. Petersburg" zählen zusammen mit der Petersburger Gesellschaft "Memorial", der Rechtshilfegruppe "Bürgerkontrolle", der "Liga der Wählerinnen" und dem "Deutsch-Russischen Austausch e.V." zur kleinen Gruppe der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Rußlands nördlicher Hauptstadt, die sich die Implementierung der Menschen- und Bürgerrechte zum Ziel gesetzt haben. Laut Statut ist die Bürgerrechtsorganisation eine "Organisation horizontalen Typs", die jegliche Hierarchie ablehnt. Alle Mitglieder haben die gleichen Rechte und Zugang zu allen Unterlagen und Dokumenten. Die Soldatenmütter gelten als außerordentlich effektiv und zuverlässig.
3. Die "Soldatenmütter von St.Petersburg" sind eine der wenigen Bürgerrechtsorganisationen in Rußland, die ihre Arbeit ausdrücklich religiös motivieren. Ihre Räume wurden von Geistlichen der drei großen christlichen Konfessionen und von einem islamischen Geistlichen gesegnet.
4. Die "Soldatenmütter von St. Petersburg" sind eine Frauenorganisation, die aber auch männliche Mitglieder hat. Die Organisation pflegt einen offensichtlich religiös motivierten Mütterkult. Die Frau als Mutter ist verantwortlich für das Leben und seinen Schutz. Der Jugendliche, der Wehrpflichtige, der Soldat bleibt immer (das) "Kind". Die Väter scheinen in den Familien kaum präsent zu sein. So entsteht ein Paradox: Die meisten Väter wünschen zwar immer noch, daß ihre Söhne dienen, damit sie in der Armee "zum Mann" werden, aber dann sind es die Mütter, die sich um Rat und Hilfe an die Bürgerrechtsorganisation wenden. Nach Beobachtungen der Soldatenmütter sind viele Ehen und Vater-Sohn-Beziehungen an der Armeefrage zerbrochen.
5. Ein Einblick in die Arbeit der Soldatenmütter ist zugleich ein Einblick in den Alltag der Streitkräfte, die nach Ansicht der Bürgerrechtlerinnen eine "Schule der Gewalt" sind, in der elementare Menschenrechtsverletzungen, Gewalt, Hunger, Folter und Zwangsarbeit an der Tagesordnung sind. Die Gesetzesverstöße haben in den letzten Jahren sogar noch zugenommen. Sie beginnen bei der ungesetzlichen Einberufung, setzen sich über die berühmte "Großväterherrschaft" ("dedovščina") fort und enden mit dem Einsatz von unausgebildeten Rekruten in Kampfgebieten. Nach unterschiedlichen Schätzungen kommen allein in Friedenszeiten alljährlich bis zu 5.000 Soldaten während des Wehrdienstes zu Tode, und Zehntausende junge Männer, die gequält wurden und selbst gequält haben, kehren in ihre Familien zurück. Gewalt in der Familie hat ihre Ursache nach Ansicht der Soldatenmütter vor allem in der Armee.
6. Ärztliche Untersuchungen in St. Petersburg haben zutage gefördert, daß es kaum noch gesunde Jugendliche gibt. Dennoch zieht die Armee, um das vom Generalstab vorgegebene Plansoll zu erfüllen, jeden ein, dessen sie habhaft werden kann, auch physisch und psychisch Kranke, Debile, Vorbestrafte und Drogenabhängige. Wer halbwegs gesund eingezogen wurde, kommt infolge der "dedovščina" häufig krank aus der Armee zurück. Die Wehrdienstverweigerung ist daher zu einer Massenerscheinung geworden. Allein im Frühjahr 2000 sind 49.000 von 191.000 Wehrpflichtigen dem Einberufungsbefehl nicht gefolgt.

7. Im Laufe ihrer nunmehr fast zehnjährigen Tätigkeit haben die "Soldatenmütter von St. Petersburg" einen Mechanismus zum Schutz der Menschen- und Bürgerrechte vor/in der Armee entwickelt. Er ermöglicht es Wehrpflichtigen, Wehrdienstleistenden und Deserteuren, ihre Freistellung bzw. vorzeitige Entlassung aus dem Dienst auf dem Rechtsweg zu erwirken, sofern sie entsprechende gesundheitliche und soziale Gründe geltend machen können. Diesen Mechanismus vermitteln die Petersburger Soldatenmütter in ihrer "Schule der Menschenrechte 'Schützen wir unsere Söhne'", die zweimal wöchentlich stattfindet und von jeweils 100-150 Personen besucht wird. Neuerdings werden auch zusätzlich zweimal wöchentlich Seminare durchgeführt mit einer vergleichbaren Teilnehmerzahl. Man könnte die "Schule der Menschenrechte" auch als elementaren Unterricht in Staatsbürgerkunde bezeichnen.
8. "Wir sind keine Gehilfinnen", sagen die Soldatenmütter. Sie bieten keinen Service an, wie manche Besucher meinen, sondern Hilfe zur Selbsthilfe. Die Organisation versteht sich ausdrücklich als Selbsthilfegruppe. Die Ratsuchenden sollen nicht nur lernen, sich selbst zu helfen, sondern auch, anderen Betroffenen beizustehen, indem sie die Kenntnisse, die sie in der Schule der Menschenrechte erworben haben, weitergeben. Wer bei den Petersburger Soldatenmüttern Rat und Hilfe sucht, kommt um intensive eigene Arbeit und das Gespräch mit anderen Betroffenen nicht herum.
9. Seit ihrer Gründung im Herbst 1991 hat die Bürgerrechtsorganisation mehr als 65.000 Jugendliche, Wehrpflichtige und Wehrdienstleistende sowie ihre Angehörigen beraten und die Freistellung ("komissovanie") von knapp 59.000 Wehrpflichtigen sowie die vorzeitige Entlassung von 3.300 Soldaten und Deserteuren erreicht. Dabei ist das Wort "Deserteur" für die Soldatenmütter tabu. Sie sprechen von "Läufern" ("begunki"), die ihre verfassungsmäßiges Recht auf Leben, Würde und Gesundheit wahrgenommen hätten. Seit Beginn des Zweiten Tschetschenien-Krieges ist die Zahl der Ratsuchenden auf etwa 1.000 Personen monatlich gestiegen.
10. Zumindest in St. Petersburg haben die Soldatenmütter eine Bewußtseinsänderung erreicht, die dazu geführt hat, daß die Petersburger heute eher bereit sind, um ihre Rechte zu kämpfen, als Menschen in anderen Regionen Rußlands. Insofern haben die Soldatenmütter einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau einer zivilen Gesellschaft in Rußland geleistet. Waren es zu Beginn der neunziger Jahre vor allem Mütter und Großmütter, die sich an die Organisation wandten, so sind es neuerdings immer mehr junge Männer, die *selbst* um Hilfe bitten. Auch die Zahl der Väter, die sich an die Organisation wenden, ist größer geworden.
11. Von Gewalt und Mißbrauch in den sowjetischen Streitkräften berichtete die sowjetische Presse erst in den ausgehenden achtziger Jahren. Die Lage in den russischen Streitkräften hat sich eher noch verschlechtert. Es ist das Verdienst der Soldatenmütter, daß dieses Thema in den Medien präsent geblieben ist und daß auch das Ausland laufend Kenntnis davon erhält. Bis heute kann man sich nirgends besser über die Lebensbedingungen in den Streitkräften informieren als bei den Soldatenmüttern. Dabei bleibt der Eindruck bestehen, daß die Armee auch im angeblich demokratischen Rußland ein Staat im Staat



ist, der sich der gesellschaftlichen und parlamentarischen Kontrolle entzieht und nach eigenen Gesetzen lebt. Das ist auch ein Grund, weshalb bisher nur selten Strafverfahren gegen Täter in Uniform eingeleitet wurden.

12. Auch über die sog. "Anti-Terror-Operation" in Tschetschenien lassen sich bei den Soldatenmüttern zuverlässigere Fakten ermitteln als im Pressezentrum der Streitkräfte oder in den Massenmedien. Wehrpflichtige und Deserteure, die Tschetschenien "hinter sich" haben, und Mütter, die ihre Söhne aus kaukasischen Kasernen herausgeholt haben, informieren die Organisation laufend über Gewalt, Hunger, Entbehrung und Schlamperei, über Marodeure und Massenmord an der Zivilbevölkerung, über Fehlentscheidungen der Kommandeure und Auswüchse der Zensur. Diese Tatsachenschilderungen lassen nur einen Schluß zu: Die "Anti-Terror-Operation" ist ein Vernichtungskrieg gegen das Volk der Tschetschenen, der traumatische Folgen für die ganze russische Gesellschaft haben wird ("Tschetschenien-Syndrom").
13. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR hatten die Soldatenmütter die Hoffnung, daß die Armee reformiert werden könnte, zumal all ihre Probleme schon Ende der achtziger Jahre deutlich sichtbar waren. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Fähige Offiziere haben längst ihren Abschied genommen, die Armeereform stagniert. Deshalb plädieren die Soldatenmütter unter Berufung auf den Erlaß von Präsident Jelzins für eine (sehr viel kleinere) Berufsarmee und sammeln Unterschriften für die Abschaffung der Zwangsrekrutierung. Damit handeln sie durchaus im Einverständnis mit dem größeren Teil des Offizierskorps. Aus Gesprächen mit Petersburger Offizieren läßt sich schließen, daß die (anfängs) feindseligen Beziehungen der Militärs zu den Soldatenmüttern sich entspannt und den Charakter eines "Arbeitsverhältnisses" angenommen haben.
14. Das umfangreiche Archiv der Petersburger Soldatenmütter wird wissenschaftlich bisher nicht genutzt. Eine Datenbank ist im Aufbau, kann aber aus Geldmangel nicht konsequent ergänzt werden. Auch andere Pläne der Bürgerrechtsorganisation, darunter eine eigene Zeitung, qualifizierte Öffentlichkeits- und Pressearbeit, Rechtsberatung und Rehabilitationsprogramme, können aus Finanznot und Personalmangel nicht realisiert werden. Die Organisation lebt von Spenden und gelegentlichen Zuschüssen ("granty") westlicher Stiftungen und europäischer Institutionen. Die Soldatenmütter sind so überlastet, daß sie dringend auf die Hilfe von Freiwilligen und anderen Unterstützern angewiesen sind. Sie laden auch junge Ausländer mit Russischkenntnissen, die ein Praktikum in Rußland absolvieren möchten, gerne zu sich ein.
15. *Èlla M. Poljakova* und *Elena Ju. Vilenskaja*, die beiden Vorsitzenden der Bürgerrechtsorganisation, werden häufig gefragt, wie sie den außergewöhnlichen Erfolg ihrer Arbeit erklären. "Bei uns klaffen Worte und Taten nicht auseinander", antwortet *Poljakova*. "In der totalitären sowjetischen Gesellschaft haben die Menschen sich daran gewöhnt, das eine zu sagen, aber etwas ganz anderes zu tun. Sehr viele gesellschaftliche Organisationen verhalten sich genauso: Sie sagen das eine, aber sie tun etwas ganz anderes. Bei uns stimmen Worte und Taten überein, und das ist wahrscheinlich das, was die Menschen am meisten brauchen. Wir nehmen ihnen die Angst, wir zerschlagen alle diese Phantome, die den

Blick auf die Wirklichkeit um sie herum vernebeln." Und *Vilenskaja* fügt hinzu: "Die Menschen in unserem Land wünschen sich sehr, daß das menschliche Leben endlich geachtet wird. Besonders die jungen Männer, die aus der Armee zu uns flüchten, sind immer wieder erstaunt, daß wir Menschen in ihnen sehen. Hier spüren sie zum ersten Mal, daß sie Menschen sind und daß sie respektiert werden. Und das ändert ihr Bewußtsein radikal."



## 1. Einleitung

### 1.1 Entstehung der Organisation

Die Gründungsgeschichte der Bürgerrechtsorganisation "Soldatenmütter von St. Petersburg" (im folgenden: Petersburger Soldatenmütter) reicht in die ausgehenden Perestrojka-Jahre zurück, als die Moskauer Presse begann, über Gesetzesverstöße und Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetarmee zu berichten. Auslösender Faktor war ein Bericht der "Komsomol'skaja pravda" über den Amoklauf eines jungen Litauers, der nach unerträglichen Quälereien und einer Vergewaltigung durch ältere Jahrgänge acht "Kameraden" in Notwehr erschossen hatte.<sup>1</sup> Daraufhin erhielt die "Komsomolka", die damals eine Auflage von 20 Millionen Exemplaren hatte, 15.000(!) Zuschriften. Die meisten Absender waren Mütter, deren Söhne in der Armee ebenfalls gequält worden waren.<sup>2</sup> Damit war ein Damm gebrochen. Was bis dahin nur privat oder im Freundeskreis besprochen werden konnte, wurde nun zum öffentlichen Thema: Die sowjetische Armee war ein Staat im Staat, eine geschlossene Einrichtung, die nach eigenen Regeln lebte und sich jeglicher Kontrolle entzog. Gewalt, Willkür und Mißbrauch als Instrument der Disziplinierung waren in dieser Armee weiter verbreitet, als der Durchschnittsbürger der UdSSR annehmen konnte. Dabei wurde die offizielle Bezeichnung der Mißstände als "nichtvorschriftsmäßige Beziehungen" ("neustavnye otnošenija") freilich schnell von der volkstümlichen Bezeichnung "Großväterherrschaft" ("dedovščina") abgelöst. Diese steht bis heute für die brutale Herrschaft der älteren Dienstjahrgänge über die Jüngeren und ist nach wie vor das wichtigste Disziplinierungsinstrument.

Die ersten Mütterinitiativen entstanden 1989. Sie forderten "glasnost" auch für die Armee und das Ende der institutionalisierten Gewalt. Doch die Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft machte vor der Kaserne halt. Das zeigte sich am 9. April 1989 in Tbilisi, am 20. Januar 1990 in Baku und am 13. Januar 1991 in Vilnius. Jedesmal gingen sowjetische Truppen brutal gegen friedliche demokratische Basisbewegungen vor, und jedesmal kam es zu Blutvergießen. Aber kein einziges Mal wurden die verantwortlichen Militärs zur Rechenschaft gezogen. Ihr Vorgehen wurde von Präsident Michail S. Gorbachev politisch sogar noch gedeckt.

Doch im Januar 1991 stellte sich das demokratische Rußland demonstrativ hinter die Litauer. Schon vor dem "Blutsonntag" von Vilnius hatte es enge Kontakte zwischen der Leningrader Volksfront und den Volksfronten in Estland und Lettland sowie "Sajudis" in Litauen gegeben. Die russischsprachigen Zeitungen und Schriften aus Tallinn, Riga und Vilnius wurden in Leningrad förmlich "verschlungen". "Litauen war das Fenster zur Freiheit, Litauen war Luft zum Atmen, Litauen war wie ein Pionier", erinnern sich *Èlla M. Poljakova* und *Elena Ju. Vilenskaja*, die beiden "Gründungsmütter" der Organisation, die sich bei der Arbeit in der

---

<sup>1</sup> M. Melnik, Slučaj v specvagine, in: Komsomol'skaja pravda, 29.7.1988.

<sup>2</sup> A. Levinson, Ob estetike nasilija. Armija i obščestvo v SSSR/Rossii za poslednyje 10 let, in: Očerki pravov kul'turnogo soobščestva. Kritiko-èsseističeskoe priloženie k žurnalu "Literaturnoe obozrenie, 2 (4) 1999, S. 12-13

Leningrader Volksfront kennengelernt hatten. Im Januar 1991 fuhren die beiden nach Vilnius, um herauszufinden, wie es zum Einsatz der Armee gekommen war, wurden aber daran gehindert, mit Soldaten zu sprechen. Im April setzten die beiden ihre Recherchen bei der Luftlandedivision in Pskov fort, die an dem Einsatz in Vilnius beteiligt war und die gesamte Ausrüstung des Fernsehturms hatte mitgehen lassen. Als die Leningraderinnen dem Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft in Pskov melden wollten, daß sie Mikrophone, Lautsprecher u.ä. aus Vilnius in Pskover Kommissionsgeschäften und Restaurants entdeckt hatten, winkte der Untersuchungsführer ab. Die beiden Frauen waren schockiert. Noch entsetzter waren sie über die Wohnverhältnisse der Offiziere und die einseitige Indoktrinierung der Truppe, die dazu geführt hatte, daß die Soldaten ohne weiteres bereit gewesen waren, Gewalt gegen friedliche Bürger (vermeintliche Faschisten und CIA-Agenten) anzuwenden. Poljakova und Vilenskaja wurde klar, daß die Sowjetarmee auch 1990/91 noch in der Vor-Perestrojka-Welt lebte, die mit der Realität nur mehr wenig zu tun hatte, und daß "diese Militärmaschinerie unser Land in den Totalitarismus zurückwirft, wenn sie nicht reformiert wird" (*Poljakova*).

Eine engere Beziehung zwischen den beiden "Gründungsmüttern" entwickelte sich jedoch erst im August 1991, als sie drei Tage auf den Leningrader Barrikaden zubrachten. Im September 1991 nahm Poljakova, die sich zwischenzeitlich mehrfach mit Soldatenschicksalen auseinandergesetzt hatte, am ersten Kongreß der Soldatenmütter Rußlands in Moskau teil. Die pompöse Veranstaltung war vom Verteidigungsministerium finanziert worden. Die Ursachen für die Mißstände in der Armee wurden nicht thematisiert. Für *Poljakova* lag die Alibifunktion der Komitees auf der Hand: "Ich habe schnell verstanden, daß all das sinnlos war, die Meetings, die Demonstrationen und die Reden." Sie und ihre politischen Freunde setzten sich ein anderes Ziel: "Wir wollten das Bewußtsein der Menschen ändern, damit sie lernen, ihre Probleme selbst zu lösen."

Eines der größten Probleme, das die Bürgerrechtlerinnen schon in der ausgehenden Sowjetzeit beschäftigte, war die hohe Zahl der Wehrdienstverweigerer. Allein in Leningrad/St. Petersburg waren um die Wende zu den neunziger Jahren etwa 50.000 Wehrpflichtige dem Einberufungsbefehl nicht gefolgt, hatten die Stadt verlassen, hielten sich versteckt oder verbüßten Haftstrafen im berüchtigten Gefängnis "Kresty". Die wenigsten von ihnen wurden von ihren Familien unterstützt. "Wir haben schon damals verstanden, daß der Schlüssel zur Lösung dieses Problems auch in der Familie liegt. Wir mußten die Familien aufklären" (*Poljakova*).

Ende Oktober 1991 trat in St. Petersburg eine zehnköpfige Initiativgruppe zusammen, die freilich noch nicht wußte, wie die Organisation aussehen sollte, die sie gründen wollte. Fest stand nur, daß man unabhängig von staatlichen Stellen arbeiten und keine Hierarchie schaffen wollte. Doch dann erschien die Malerin *Nonna E. Bogdanova* zur Gründungskonferenz am 10. November 1991 mit dem Entwurf eines Emblems für die künftige Organisation, das sofort akzeptiert wurde: Vor einem weißen Kreuz auf schwarzem rundem Grund, der Erdkugel, hält eine geöffnete weibliche Hand eine brennende Kerze. Bevor die Gruppe formulieren konnte, was ihr Anliegen war, hatte Bogdanova diesem Anliegen Gestalt verliehen: das Leben zu

bewahren und dem Leben zu dienen. Die christliche Grundmotivation der Soldatenmütter ist mit den Jahren eher noch stärker geworden.

Am 5. Januar 1992 gab die neue Organisation sich ein Statut, dem zufolge alle Mitglieder die gleichen Rechte und Zugang zu allen Dokumenten haben. Am 28. Februar 1992 wurde sie als "Gesellschaftliche Rechtsschutzorganisation 'Soldatenmütter von St. Petersburg'" ("Obščestvennaja pravozaščitnaja organizacija 'Soldatskie materi Sankt-Peterburga'", kurz:"SM-S-Pb") registriert und kam im Haus der Demokraten ("Demdom") am Izmajlovskij prospekt 8 unter. Anfangs fehlte es an allem, an Geld, an Kugelschreibern, an Papier, an Tischen und Stühlen. Elementare Hilfsmittel wurden entweder gespendet, von zu Hause mitgebracht oder von den eigenen kleinen Löhnen gekauft. "Wir haben damals intuitiv verstanden, daß unser Prinzip der Weg der gegenseitigen Hilfe und der Selbsthilfe sein mußte. Und wir haben verstanden, daß wir als Organisation durchsichtig sein mußten" (*Poljakova*). Anders als viele andere Organisationen, die Anfang der neunziger Jahre in Rußland wie Pilze aus dem Boden schossen, waren die Petersburger Soldatenmütter *nie* dem Verdacht finanzieller Unregelmäßigkeiten ausgesetzt.

Aus der sowjetischen Vergangenheit, der auch Rußland noch verhaftet ist, hat sich bei den Soldatenmüttern eine elementare Abneigung gegen Organisiertheit ("organizovannost") und Massenhaftigkeit ("massovost") erhalten, die sie als Kontrollmittel des totalitären Staats ablehnen. "Das einzige Rezept, das hilft, aus diesem Zustand herauszukommen und in einen anderen Entwicklungszustand überzugehen, ist die Entflechtung ("razobščenie") der Gesellschaft. Wir mußten dem Menschen die Möglichkeit geben, seine Würde und seine Individualität wiederherzustellen" (*Poljakova*). Hinzu kam die berechtigte Angst vor Provokateuren. Deshalb ist es einigermaßen logisch, daß die Organisation kein Zweigstellennetz im Nordwesten Rußlands aufgebaut hat. "Statt dessen ist es uns in diesen Jahren gelungen, ein Bürgernetz von Mensch zu Mensch, von Familie zu Familie zu schaffen. Das ist viel wichtiger" (*Poljakova*).

## **1.2 Struktur der Organisation**

Im Jahre 2000 hatte die Organisation etwa 60 Mitglieder, darunter mehrere Ausländer. Poljakova und Vilenskaja sprechen jedoch lieber von 60 Beitrittserklärungen, die seit 1991 eingegangen seien. "Die Mitgliedschaft als solche hat für uns keine große Bedeutung mehr, weil wir uns eher als Gleichgesinnte ("edinomyšlenniki") sehen. Mitgliedsbeiträge erheben wir nicht, weil wir zu arm sind, um sie zu bezahlen. Für uns gelten andere Vereinigungsprinzipien" (*Poljakova*). Mehrere Aktivisten der frühen Jahre haben die Organisation wieder verlassen oder arbeiten nur noch sporadisch mit. Von manchen Mitarbeitern haben sich die Soldatenmütter getrennt, andere haben die Belastung nicht ausgehalten. Neue "Gleichgesinnte" kommen aus der großen Schar der Mütter und Söhne, denen die Organisation helfen konnte.

Ständig aktiv ist jedoch nur eine kleine Gruppe. Die Soldatenmütter sagen von sich selbst, daß sie "zur Arbeit fahren". Manchmal haben sie einen Zwölfstundentag. Poljakova und Vilenskaja gelten als festangestellt und bekommen ein Gehalt, das sie sich aber nicht immer

auszahlen lassen, vor allem dann nicht, wenn gerade wieder ein Zuschuß ("grant") aus Westeuropa zu Ende geht und die Spenden für die laufenden Kosten nicht reichen. Die beiden können sich nicht erinnern, wann sie zum letzten Mal Urlaub gemacht haben.

### 1.2.1 Die innere Gruppe

Die Organisation, deren innerer Kern ein halbes Dutzend Personen zählt, hat zwei Vorsitzende: *Èlla M. Poljakova*, geb. 1941, von Beruf Ingenieurin, und *Elena Ju. Vilenskaja*, geb. 1955, von Beruf Englisch- und Spanischlehrerin sowie Übersetzerin. Poljakovas Interesse an Armeefragen hat einen familiären Hintergrund. Als Offizierstochter und Ehefrau eines Offiziers war sie schon vor ihrem politischen Engagement mit Armeefragen vertraut. Auch die beiden Söhne wollten ursprünglich die Offizierslaufbahn einschlagen. Der ältere Sohn diente bis 1995 in der Nordflotte. Der jüngere Sohn gehörte Anfang 1991 zu den Verteidigern des litauischen Parlaments, konnte zweimal aus familiären Gründen zurückgestellt werden und unterliegt nicht mehr der Wehrpflicht. Vilenskajas Interesse an der Bürgerrechtsbewegung geht auf die Eltern zurück, die Kontakte zu Dissidenten hatten. 1989 stand sie wegen "Organisation einer nichtgenehmigten Demonstration" im Leningrader Kalinin-Bezirk vor Gericht. In der Verhandlung trat Poljakova im Namen des Koordinationsrates der Leningrader Volksfront für die Beschuldigte ein. Weitere politische Erfahrungen sammelte Vilenskaja während der Wahlen zum Petrosowjet und bei der Organisation der großen Demonstrationen der Jahre 1990/91.

Die Malerin *Nonna E. Bogdanova*, geb. 1938, kommt ebenfalls aus der demokratischen Bewegung Leningrads. Bogdanova hat das Emblem der Organisation entworfen und den kleinen Saal für die Schule der Menschenrechte in der Raz-ezzaja 9 gestaltet. Auch die Plakate für die Demonstrationen der Soldatenmütter stammen von Bogdanova. Die ehemalige Geschichtslehrerin *Aleksandra M. Šinkarenko*, geb. 1922, die im Zweiten Weltkrieg Pilotin war, hat ihren Enkel 1993 mit Hilfe der Soldatenmütter freistellen lassen können und ist geblieben. Šinkarenko berät Jugendliche und Wehrpflichtige. Die ehemalige Erzieherin *Zoja F. Kulakova*, geb. 1935, hat ihrem Sohn mit Hilfe der Soldatenmütter freistellen lassen können und ist auch geblieben. Seit 1993 berät Kulakova Jugendliche und Wehrpflichtige sowie deren Eltern, hilft bei der Formulierung von Anträgen und setzt sich mit den Mitarbeitern der Wehrkommissariate auseinander. Die Physiklehrerin *Elena D. Smirnova*, geb. 1957, konnte im Frühjahr 1999 die vorzeitige Entlassung ihres älteren Sohnes und die Freistellung des jüngeren Sohnes aus gesundheitlichen Gründen erwirken und blieb, da sie arbeitslos war, bei der Organisation. Smirnova arbeitet vor allem mit Wehrdienstleistenden, berät aber auch Eltern, die monatelang ohne Nachricht von ihren Söhnen in Tschetschenien sind. "Bei der Arbeit habe ich Selbstbewußtsein und die Überzeugung erworben, daß ich Rechte habe, die ich durchsetzen kann, und daß jeder Bürger Rußlands etwas erreichen kann. Bis dahin hatte ich das Gefühl totaler Rechtlosigkeit", sagt Smirnova und drückt damit eine Erfahrung aus, die viele Frauen in der Organisation gemacht haben. Der Krankenpfleger *Valerij N. Strenkin*, geb. 1975, konnte 1996 die vorzeitige Entlassung seines jüngeren Bruders erwirken, der mit Gelbsucht, einer chronischen Magenentzündung und Kopfverletzungen infolge von Prügel aus seiner Einheit auf Urlaub gekommen war. Strenkin berät Wehrpflichtige und

Wehrdienstleistende in Gesundheitsfragen ("po medicine"). Dabei muß er immer wieder feststellen, daß Wehrpflichtige sogar dann einberufen werden, wenn sie "an zwei, drei Erkrankungen gleichzeitig leiden". Die Psychologin *Natalja A. Muchina*, geb. 1976, arbeitet seit Mitte 1999 für die Organisation. Muchina hält zweimal wöchentlich Sprechstunden für die Opfer von Gewalt und Willkür ab. Doch nur wenige finden den Weg zu ihr. Muchina hat beobachtet, daß die jungen Männer Angst vor der Reaktion ihrer Umgebung haben: "Sie versuchen zu vergessen und das Erlebte in sich hineinzufressen. Aber das ist natürlich kein Ausweg."

### *1.2.2 Die Freiwilligen*

Die Soldatenmütter haben rund 50 freiwillige Helfer ("volontery"), die wechseln und bei Bedarf in die *Raz-ezzaja 9* kommen. Die meisten sind junge Männer, die vorläufig zurückgestellt, freigestellt oder vorzeitig aus dem aktiven Dienst entlassen wurden. Einige von ihnen sind ständig in der Organisation präsent und verrichten praktische Arbeiten, zu denen die Soldatenmütter nicht mehr kommen. Sie erledigen Botendienste, machen Telephon- und Küchendienst, empfangen Besucher, geben Auskunft, trösten Mütter, sprechen Wehrpflichtigen Mut zu, helfen Deserteuren oder arbeiten an der Datenbank, die im Aufbau begriffen ist. Ohne die Freiwilligen würde die Arbeit der Organisation zusammenbrechen.

Außerdem haben bereits Dutzende Westeuropäer/-innen Praktika bei den Petersburger Soldatenmüttern absolviert und sich so bewährt, daß die Organisation gerne bereit ist, weitere Freiwillige einzuladen, sofern sie russisch sprechen und ihren Aufenthalt finanzieren können. "Sie sind unsere Brücke zum Westen" (*Poljakova*). Einige dieser Helfer haben Deserteure versteckt oder die Soldatenmütter in Petersburger Kasernen begleitet, worauf sie Ärger mit offiziellen russischen Stellen, aber auch mit den eigenen konsularischen Vertretungen bekamen.

### *1.3 Arbeitsorganisation*

In den ersten Jahren fand die "Schule der Menschenrechte 'Schützen wir unsere Söhne'" dreimal wöchentlich statt. Diesen Rhythmus konnten die Soldatenmütter physisch nicht durchhalten, zumal einige von ihnen zu Beginn der neunziger Jahre noch berufstätig waren. Derzeit findet die Schule der Menschenrechte zweimal wöchentlich statt. Sie beginnt mittwochs um 17.00 Uhr und samstags um 11.00 Uhr und dauert drei bis vier Stunden.

Bis Anfang 2000 fanden anschließend Einzelberatungen für Jugendliche, Wehrpflichtige und Wehrdienstleistende statt, die sich bis zum späten Abend hinzogen. Aber auch um Mitternacht klingelte manchmal noch das Telephon. Im April haben die Soldatenmütter die Konsultationen eingestellt und führen nunmehr dienstags und donnerstags ab 17.00 Uhr Seminare durch, die sie als "Training" bezeichnen und für effizienter als die Einzelberatungen halten.

Derzeit lassen sich etwa 1.000 Personen pro Monat beraten. Seit 1991 haben sich mehr als 65.000 Menschen an die Organisation gewandt. Mit ihrer Hilfe konnten rund 59.000 Wehrpflichtige ihre Freistellung und 3.300 Soldaten und Deserteure ihre vorzeitige Entlassung aus



dem Dienst erwirken. Poljakova und Vilenskaja vermuten aber, daß sie über ihre Broschüre "Zaščita prav prizyvniko i voennoslužbaščego sročnoj služby",<sup>3</sup> einen praktischen Ratgeber, noch sehr viel mehr Betroffenen in ganz Rußland helfen konnten. Nach einer Sendung von "Radio Rossija" haben sie jedenfalls Anrufe und Zuschriften aus 70 Regionen Rußlands mit der Bitte um Zusendung der Broschüre erhalten.

Zu den ständigen Aufgaben der Organisation gehören ferner Besuche in den Wehrkommissariaten, Kasernen und Hospitälern von St. Petersburg. Dort wurde den Soldatenmüttern noch bis in die Mitte der neunziger Jahre häufig die Tür gewiesen. Das ist heute nicht mehr der Fall. "Wir kommen überall rein. Die Haltung uns gegenüber hat sich geändert" (*Vilenskaja*). Außerdem reisen Poljakova und Vilenskaja regelmäßig in andere Städte des Nordwestens (Archangel'sk, Pskov), um dort ihre Schule der Menschenrechte abzuhalten. In manchen dieser Städte haben sie Gleichgesinnte gefunden, die ihre Erfahrung weitergeben.

Ein weiterer Arbeitsbereich ist das Monitoring von Menschenrechtsverletzungen und Gesetzesverstößen in der Armee. Nach dem Vorbild von Amnesty International haben die Soldatenmütter Formulare erarbeitet, die von Wehrpflichtigen, Wehrdienstleistenden und Deserteuren bei voller Namensnennung ausgefüllt und mit ihrem Einverständnis an die Presse weitergegeben werden. Danach verhelfen die Soldatenmütter den Betroffenen zu ihrem Recht. Außerdem stellen sie periodisch Pressespiegel mit Beiträgen über besondere Vorkommnisse in der Armee zusammen und geben aus aktuellem Anlaß Presseerklärungen heraus. Hinzu kommen Seminare mit Ärzten, Gewerkschaftern und anderen Bürgerrechtlern. Gegenwärtig nimmt die Organisation an einer Unterschriftenkampagne zur Abschaffung der Zwangsrekrutierung ("prinuditel'nyj prizyv") und zugunsten der UNESCO-Kampagne "Manifest 2000" teil.

1997 ist die Bürgerrechtsorganisation in die Raz-ezzaja 9 umgezogen. Der Mietvertrag für die erste Etage des baufälligen Hauses ist Anfang 2000 bis zum 13. Januar 2003 verlängert worden. Die Miete für die 270 Quadratmeter beträgt 250 USD. Das ist sehr günstig für Petersburger Verhältnisse. Dennoch hatten sich Anfang 2000 so erhebliche Zahlungsrückstände angesammelt, daß die Soldatenmütter täglich mit einem Kündigungsschreiben rechneten. Im Jahre 2003 muß das Haus vorraussichtlich geräumt werden, so daß sich in Kürze erneut das Problem der Unterbringung in aller Schärfe stellt. Die Unterbringung der Organisation auf eigene Kosten unterscheidet sie u.a. von den Komitees der Soldatenmütter, die ihren Sitz häufig im Gebäude der Administration oder der Gesetzgebenden Versammlung der Regionen haben und entsprechend abhängig sind.

### 1.3.1 Finanzierung

Die Petersburger Soldatenmütter bekommen keinerlei staatliche Unterstützung. Sie leben von Fördermitteln der Europäischen Union und westlicher Stiftungen sowie von Spenden. Anfang 2000 waren 5.000 USD von der EU nahezu aufgebraucht. Nach jeder Schule der Menschen-

---

<sup>3</sup> Anfang 2000 ist in St. Petersburg die 11. Auflage der Broschüre in einer erneut überarbeiteten Fassung erschienen.

rechte bitten die Soldatenmütter um eine Geldspende. Hatten die Kollekten vor dem 17. August 1998 noch bis zu 100 USD erbracht, so sind es heute nur noch 10-15 USD. Die Menschen sind so verarmt, daß viele nicht einmal die fünf Rubel für die Broschüre aufbringen können. Das größte Problem der Soldatenmütter ist denn auch der permanente Geldmangel. Häufig haben sie nicht einmal Papier und Toner für das Kopiergerät und den Drucker. Aus Geldmangel können sich die Frauen während ihrer langen Arbeitstage auch nicht normal ernähren. Abends gibt es zum Tee manchmal nur Brot und Kefir. Im Frühjahr 2000 hat die US-amerikanische Fürst-Gagarin-Stiftung, deren Petersburger Zweigstelle örtliche NGOs unterstützt, den Soldatenmüttern überraschend Fördermittel in Höhe von 49.620 USD bewilligt, von deren erster Tranche die Mietschulden bezahlt wurden. Damit ist das Überleben der Organisation bis Mai 2001 wieder gesichert.

### *1.3.2 Internationale Kontakte*

Im Laufe ihrer fast zehnjährigen Tätigkeit haben die Petesburger Soldatenmütter ein umfassendes Netz internationaler Kontakte aufgebaut. Sie unterhalten enge Beziehungen zu Amnesty International, Helsinki Watch und Pax Christi Flandern, deren offizielle Partner in Rußland sie in diesem Jahr geworden sind, sowie zum European Council of Conscientious Objectors (ECCO). Abgeordnete der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und des Europäischen Parlamentes sowie nationaler europäischer Parlamente, Vertreter europäischer Parteien und nationaler Stiftungen, Wissenschaftler aus Universitäten und Forschungsinstituten, Journalisten aus großen europäischen und US-amerikanischen Zeitungs- und Fernsehredaktionen haben die Organisation besucht. Die prominenteste Besucherin war Leni Fischer, die langjährige Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung des Europarats.

Die Soldatenmütter empfangen auch Vertreter "westlicher" Kirchen, während der Metropolit von St. Petersburg und Ladoga keinen Kontakt zu ihnen sucht. *Poljakova* findet es "beschämend, daß westliche Kirchen mehr Interesse am Schicksal unserer Jungs haben als die Russisch-orthodoxe Kirche".

Ihrerseits folgten *Poljakova* und *Vilenskaja* u.a. Einladungen der Vereinten Nationen, des Europarats und der Königlich-Belgischen Militärakademie. Sie nahmen an internationalen Seminaren teil und referierten an westeuropäischen Universitäten und Akademien. Im März 1999 reisten *Poljakova* und *Vilenskaja* nach Minsk, wo sie mit der Schriftstellerin *Svetlana Aleksievič* und Mitgliedern des belarussischen Helsinki-Komitees zusammentrafen. *Svetlana Aleksievič* ("Zinkjungen") hat den Besuch im Februar 2000 erwidert. Die Organisation unterhält auch Kontakte zu den Konsularvertretungen in St. Petersburg und empfängt regelmäßig Vertreter des Corps consulaire in ihren Räumen.

### *1.3.3 Erarbeitung der Methoden*

Als die Bürgerrechtsorganisation im Herbst 1991 ihre Tätigkeit aufnahm, konnte von einer systematischen Arbeit noch keine Rede sein. Die wichtigste Frage, die sich den Bürgerrechtlerinnen stellte, war (und ist) die Frage, ob ein Wehrpflichtiger tauglich ist oder nicht. Doch das amtliche "Verzeichnis der Krankheiten" ("raspisanie boleznej"), die eine Freistellung

bzw. Entlassung erlauben, war damals ein geheimes Dokument, das erst gegen Ende der Sowjetzeit zufällig in Litauen bekannt und dann schnell in der ganzen Sowjetunion verbreitet wurde.<sup>4</sup> Das "Verzeichnis" war das erste Dokument, das die Soldatenmütter in ihrem Raum im "Demdom" am Izmajlovskij prospekt 8 aufhängten. Zu Beginn der neunziger Jahre wurde es noch tausendfach von Hand abgeschrieben. Das zweite Problem war die formgerechte Formulierung von Anträgen. "Die Menschen waren dazu nicht in der Lage, sie wußten nicht, wie sie ihre Rechte einfordern konnten" (*Poljakova*). So wurden allmählich Antragsformulare für Wehrpflichtige, Wehrdienstleistende und Deserteure erarbeitet, die heute allen zu Verfügung stehen. Die erste Ausgabe der erwähnten Broschüre, die von der Europäischen Menschenrechtskommission finanziert wurde (s.o.), erschien 1993. Die Militärgeneralstaatsanwaltschaft, die Poljakova um Stellungnahme gebeten hatte, hat sie seinerzeit zur Verbreitung "bei der Truppe und der Flotte" empfohlen. Hatten die Soldatenmütter sich zu Beginn der neunziger Jahre nur auf (sowjetische) Gesetze stützen können, so konnten sie ab Ende 1993 auch auf die Verfassung Rußlands und auf die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Europäische Konvention gegen Folter und Zwangsarbeit Bezug nehmen, denen Rußland beigetreten ist. "Diese Methodik erlaubt uns einen zivilisierten Umgang mit den Bürokraten, und sie erlaubt auch den Bürokraten, sich an das Gesetz zu halten. Die Bürokraten kannten die Gesetze ja auch nicht. Sie waren daran gewöhnt, sich nach obskuren Instruktionen und Verordnungen zu richten. Die Verfassung war ein leeres Wort für sie. Noch vor nicht allzu langer Zeit haben die Militärs uns gesagt: 'Was reden Sie da immer von Ihrer Verfassung?' Aber mit Hilfe dieser Methodik kann ein Konflikt zivilisiert und gewaltlos gelöst werden, und diese Methodik haben wir den Bürokraten einfach beigebracht. Zumindest in St. Petersburg haben sie sich daran gewöhnt" (*Vilenskaja*).

Der nächste Schritt war die Suche nach unabhängigen Ärzten, die bereit waren, mit den Soldatenmüttern zusammenzuarbeiten. Sie fanden sich u.a. im "V.M. Bechterej-Institut für Psychoneurologie" und im "R.R.Vreden-Institut für Traumatologie und Orthopädie". Schon 1994 hat Professor L.I. Levina im Auftrag der Organisation eine Reihenuntersuchung unter Petersburger Jugendlichen durchgeführt, die ein erschreckendes Ergebnis hatte: 94,4 Prozent der jungen Petersburger sind chronisch krank und leiden sogar an mehreren Krankheiten gleichzeitig (siehe unten).<sup>5</sup> Die Soldatenmütter haben daraus den Schluß gezogen, daß in St. Petersburg kaum ein Wehrpflichtiger tauglich ist.

---

<sup>4</sup> Zum geltenden "Verzeichnis der Krankheiten" samt Anwendungserklärungen vgl.: Priloženie k položeniju o voennno-vračebnoj ekspertize, utverždennomu Postanovleniem Pravitel'stva Rossijskoj Federacii ot 20 aprlja 1995 g. No. 390 (v redakcii ot 22 oktjabrja 1998 g., postanovlenie No. 1232). Das "Verzeichnis" ist seit 1996 in jeder Neuauflage der erwähnten Broschüre (siehe Anm. 3) der Soldatenmütter enthalten.

<sup>5</sup> Vgl. auch L.I. Levina/V.S. Vasilenko/G.V. Azydova, Problemy zdorov'ja prizyvnoj molodeži. Doklad na rossijskoj naučno-praktičeskoj konferencii detskich i podrostkovych ginekologov, podrostkovych vračej, psihologov, pedagogov-valiologov "Zdorov'e podrostkov na poroge XXI veka", Sankt-Peterburg, 19.11. 1997.

#### 1.4 Die "SM-S-Pb" und die anderen Petersburger NGOs

In St. Petersburg gibt es rund 3.000 Organisationen des Dritten Sektors. Die "Soldatenmütter von St. Petersburg" gehören zusammen mit der Petersburger Zweigstelle der Gesellschaft "Memorial", der Rechtshilfeorganisation "Bürgerkontrolle", der "Liga der Wählerinnen" und dem "Deutsch-Russischen Austausch e.V." zum Block der NGOs, die sich die Implementierung der Menschenrechte und den Aufbau einer Bürgergesellschaft in Rußland im allgemeinen und in St. Petersburg bzw. im Nordwesten der Rußländischen Föderation im besonderen zum Ziel gesetzt haben. "Die Soldatenmütter haben einen sehr guten Ruf", unterstreicht die Petersburger Soziologin *Elena A. Zdravomyslova*. Die Organisation sei jedoch "keine gesellschaftliche Bewegung im traditionellen Sinn", da sie auf Demonstrationen und andere Formen des öffentlichen Protestes weitgehend verzichtet habe. Mit ihrer Beratungs-, Aufklärungs- und Bildungsarbeit sei sie eine "Schule des Rechtsbewußtseins für Angehörige der unteren Schichten und vor allem Frauen der unteren Schichten, die im allgemeinen leicht manipulierbar sind". Auch der Soziologe *Jakov I. Gilinskij* hebt die Effizienz der Soldatenmütter hervor. "Das ist eine der wenigen gesellschaftlichen Organisationen, die den Menschen wirklich helfen." *Boris Pustyncev* von der "Bürgerkontrolle" verweist auf jahrelange erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Soldatenmüttern: "Sie machen eine unwahrscheinlich wichtige Arbeit, deren Effizienz auch daran zu erkennen ist, daß sie seit 1997 alle Prozesse gegen das Verteidigungsministerium gewinnen. Das wäre vor vier, fünf Jahren undenkbar gewesen. Heute kommen das Verteidigungsministerium und die Wehrkommissariate nicht umhin, mit ihnen zu rechnen." Auf der anderen Seite konstatiert Pustyncev einen gewissen "überflüssigen Radikalismus", der die Zusammenarbeit mit anderen NGOs erschwere. "Wenn man nicht ihrer Meinung ist, geht man sozusagen in ein anderes Lager über. Das ist natürlich schlecht. Aber ohne diesen Radikalismus wären sie längst nicht so erfolgreich."

#### 1.5 Rezeption in den Medien

Die Petersburger Presse berichtet nur selten über die Tätigkeit der Organisation. Der Petersburger Fernsehsender "TRK Peterburg" (Teleradiokompanija Peterburg) boykottiert sie oder berichtet tendenziös. Das gilt auch für die der Administration nahestehenden Printmedien.<sup>6</sup> *Zdravomyslova* glaubt, daß die Soldatenmütter publizistisch "blockiert" werden. Dagegen spricht *Poljakova* von "periodischer Liebe". Es sind vor allem Zeitungen demokratischer Orientierung ("Nevskoe vremja", "Novosti Peterburga", "Moskovskij komsomolec v Pitere", "Peterburgskij čas pik" und "Novaja gazeta"), die sich mit den Soldatenmüttern beschäftigen und positiv über sie berichten. Seit Beginn des zweiten Tschetschenien-Krieges befragen Mitarbeiter dieser Blätter systematisch Besucher der Bürgerrechtsorganisation, um die überaus einseitige Darstellung der Militärs wenigstens partiell korrigieren zu können.<sup>7</sup> Hingegen berichten die überregionalen Massenmedien mit

---

<sup>6</sup> Als Medienberater des Petersburger Gouverneurs Vladimir A. Jakovlev fungiert Aleksandr G. Nevsorov, ein führender Propagandist der Tschetschenien-Kriege.

<sup>7</sup> Vgl. Elizaveta Bogoslovskaja, Soldatskie materi na russkom ostrove, in: Peterburgskij čas pik, 26.1.2000.

Redaktionssitz in Moskau in der Regel über die Komitees der Soldatenmütter, wodurch sich u.a. deren höherer Bekanntheitsgrad erklärt. Ein Beitrag über die Petersburger Organisation in einer Moskauer Zeitung kann getrost als Rarität bezeichnet werden.<sup>8</sup>

## 2. Die "Schule der Menschenrechte"

Im folgenden soll anhand der Aufzeichnung von zwei Beispielen am 19. und 24. Januar 2000 geschildert werden, wie Poljakova und Vilenskaja ihre "Schule der Menschenrechte 'Schützen wir unser Söhne'" durchführen. Es ist eine antiautoritäre Schule, die schon nach wenigen Minuten in einen aktiven Dialog mit den Teilnehmenden übergeht. So bekommen die Ratsuchenden das Gefühl, daß sie Partner sind, deren Fragen den anderen Ratsuchenden helfen. "Wir vermitteln zwischen dem Menschen, der ein Problem hat, und der Lösung seines Problems. Aber wir sind verpflichtet, ihm die Mittel dafür in die Hand zu geben: Selbstbewußtsein und die nötige Information. Außerdem bringen wir ihn mit anderen Menschen zusammen, damit er das gemeinsame Problem erkennt" (*Poljakova*).

### 2.1 Teilnehmer/-innen

Von den 100-150 Besuchern, die regelmäßig an einer Schule der Menschenrechte teilnehmen, kommen 80 Prozent zum ersten Mal. Die meisten sind Mütter und Großmütter. Väter erscheinen selten. In den letzten Jahren ist die Zahl der jungen Männer, die sich *selbst* an die Organisation wenden, aber merklich gewachsen. Die meisten haben durch Bekannte von der Organisation erfahren, einige haben die Adresse in den Gelben Seiten des Telefonbuchs gefunden. Kleidung und Sprache der Hörer deuten daraufhin, daß es nicht die Oberschicht ist, die bei den Soldatenmüttern Hilfe sucht. "Das sind keine reichen Leute" (*Poljakova*).

Die "Reichen", d.h. die neue Mittelschicht, und die Intelligenzija helfen sich selbst. Wer Geld hat, kauft den Sohn für 1.000-2.500 USD ("baksy") frei oder schickt ihn vorübergehend ins Ausland. Viele Wehrpflichtige beginnen ein Studium oder planen vorzeitig ein Kind, um eine Zurückstellung ("otsročka") für ein bis drei Jahre zu erhalten. Wer Beziehungen hat, findet Mittel und Wege, um den Sohn in "sicheren" Einheiten in St. Petersburg und Umgebung unterzubringen, wo er "kontrolliert" werden kann. Die weit verbreiteten Technologien der "privaten Selbsthilfe" sind, so *Elena A. Zdravomyslova* der Hauptgrund dafür, daß es keine "mächtige Bewegung gegen die Verletzung der Menschenrechte in der Armee gibt". Diese Technologien seien "sehr viel zuverlässiger" als öffentliche Appelle oder Kritik durch die Medien. Hingegen haben diejenigen, die sich an die Soldatenmütter wenden, weder Geld noch Beziehungen, und das ist die Masse der Bevölkerung.

### 2.2 Allgemeine Leitsätze

Die allgemeinen Leitsätze der Schule lassen sich am besten durch eine Reihe von Aussagen beschreiben, die Poljakova und Vilenskaja ständig wiederholen. Sie haben folgende Ziele:

---

<sup>8</sup> Vgl. Michail Zolotonosov, Ne dlja togo ja rastila syna, in: Literaturnaja gazeta, 15.-21.3.2000.

- a) den intellektuellen Abstand zwischen den Leiterinnen der Lehrveranstaltung und den Besuchern zu verringern;
- b) den häufig aufgeregten und verunsicherten Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Angst zu nehmen und ihr Selbstbewußtsein zu stärken;
- c) das Prinzip der Selbständigkeit und die Notwendigkeit der gegenseitigen Hilfe zu verdeutlichen;
- d) die ehemaligen Sowjetmenschen ("sovki") über die Vermittlung von Rechtskenntnissen zu Bürgern zu erziehen.

Je nach Zielsetzung lauten die Aussagen/Maximen wie folgt:

- bei a) – "Vor dem *Gesetz* sind wir alle gleich."
  - "Alle Söhne sind auch unsere Söhne."
  - "Jeder hat ein *Recht* auf Leben, Würde und Gesundheit."
  - "Wir führen nur den Willen Gottes aus."
  - "Hier lernen alle voneinander."
  - "Wir erzählen absolut nichts Neues."
  - "Wir sind nichts Besonderes, wir sind wie Sie."
- bei b) – "Wir lernen hier, die Angst zu überwinden."
  - "Wir denken hier darüber nach, wie wir einander helfen können."
  - "Wer seine Rechte kennt, ist stark."
  - "Weinen Sie nicht, handeln Sie."
- bei c) – "Wir leben nach dem Prinzip, anderen zu helfen."
  - "Wir helfen Ihnen, aber wir sind keine Gehilfinnen."
  - "Niemand ist allein, anderen geht es auch schlecht."
  - "Tun Sie sich zusammen, reden Sie miteinander."
  - "Wir geben Ihnen die Angel, nicht den Fisch."
  - "Helfen Sie anderen, dann wird auch Ihnen geholfen."
  - "Der Schlüssel zur Lösung Ihres Problems liegt in Ihren Händen, also benutzen Sie ihn."
- bei d) – "Seit 1993 haben wir die Möglichkeit, die Verfassung zu nutzen und Bürger zu werden, vorher waren wir Sowjetmenschen."
  - "Rußland hat gute Gesetze, die wir nur zu nutzen brauchen."
  - "Die Gesetze sind da, um uns zu schützen."
  - "Wenn wir gute Herren unseres Landes sein wollen, müssen *wir* und nicht die Militärs entscheiden, was für eine Armee wir brauchen und welchen Platz sie in der Gesellschaft einnehmen soll."
  - "Das Gesetz wird dann eingehalten, wenn Sie es kennen und wenn Sie seine Ein-

hal-

tung fordern."

- "Sie sind alle Bürgerrechtler, weil Sie Ihre Rechte schützen wollen!"

### 2.3 *Verfassung und Gesetze*

Sobald Poljakova oder Vilenskaja ihren Hörern klargemacht haben, daß sie nicht ins "Komitee der Soldatenmütter" gekommen sind, sondern in eine Bürgerrechtsorganisation, die mit ihnen arbeiten will, stellen sie ein paar rhetorische Fragen: "Wer kennt die Verfassung?" Kaum jemand kennt sie. "Halten Sie sich für gesetzestreue Bürger?" Alle halten sich dafür. Doch auf die Zusatzfrage "Wer kennt die Gesetze?" meldet sich niemand mehr. "Aber Sie halten sich für gesetzestreue Bürger?" Gelächter. Die ersten Hemmungen schwinden.

#### 2.3.1 *Das Glück, das Vaterland und ein "richtiger Mann"*

Danach folgen in der Regel drei Fragen, die der Einführung ins Thema dienen, die aber auch geeignet sind, die Menschen weiter emotional einzustimmen. Die erste Frage ist die nach dem Glück. Dazu malen Vilenskaja und Poljakova eine "Wolke des Glücks" an die Tafel und notieren die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern genannten Glückskomponenten: Frieden, Arbeit, Einkommen, Gesundheit, Verständnis, (mehr) Ordnung, (mehr) Gerechtigkeit, saubere Umwelt, Glaube, Liebe und "daß der Sohn nicht zur Armee muß". Auch die Hindernisse auf dem Weg zum Glück werden notiert: die Angst, die Rechtsunsicherheit, die Macht der Gewohnheit, der Mangel an Selbstbewußtsein und "daß wir die Gesetze nicht kennen".

Die zweite Frage überrascht fast alle: "Was ist das Vaterland?" Kaum jemand kann sich spontan dazu äußern. Nur zögernd heißt es, Vaterland bedeute Schutz der Kinder, der Mutter, der Nachbarn und des Heims. Als Vilenskaja nachfragt, ob man die womöglich arbeitslose Mutter auch schützt, indem man ihr durch Arbeit und Einkommen helfe, erfolgt allgemeine Zustimmung. Es sei keineswegs "schlecht", wenn ein junger Mann seinem Vaterland mit seinem Wissen diene.

Die dritte Frage lautet: "Was ist ein richtiger Mann?" Sie soll helfen, den Mythos zu zerstören, daß nur derjenige ein "richtiger Mann" ist, der gedient hat. Der Soldatenmütter sind überzeugt, daß die Armee den Wehrpflichtigen nicht zum Mann, sondern seelisch und körperlich zum Krüppel macht. Sie zerstört seine Persönlichkeit und macht ihn gewalttätig. Darüber haben die wenigsten nachgedacht, hören in der Schule der Menschenrechte häufig zum ersten Mal, daß ein "richtiger Mann" imstande sein muß, gesunde Kinder zu zeugen", daß ein "richtiger Mann" Streit im Frieden schlichtet und nicht mit der Faust, daß ein "richtiger Mann" den Sohn vom Töten in Tschetschenien abhält, indem er ihn aus der Armee holt.

Nach dieser ersten eher "privaten" Gesprächsrunde, die alle entspannt und vielen die Angst nimmt, greifen die Soldatenmütter nach einer großen Sonnenblume, die das Leben symbolisiert. Das Innere der Blüte ist die Familie oder der Sohn, die/der sovielen Rechte hat wie die Blüte Blätter. Fehlt ein Blatt, fehlt der Familie/dem Sohn ein Recht, das ihr/ihm zusteht. Das

verstehen alle. Dann wird es ernst: Die beiden Vortragenden kommen auf die Verfassung zu sprechen.

### 2.3.2 Die Grundrechte

Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben nie etwas von den Menschenrechten gehört und wissen nicht, daß sie als Grundrechte in Abschnitt 2 der rußländischen Verfassung verankert sind und eingeklagt werden können. Also werden die Grundrechte ausführlich behandelt: das Recht auf Leben, Würde, Gesundheit, Unantastbarkeit der Wohnung usw., mithin lauter Rechte, die für die Streitkräfte nicht zu existieren scheinen. Die herrschende Einberufungspraxis und der Alltag des Wehrdienstes sprechen allen verfassungsmäßigen Rechten der Bürger der Rußländischen Föderation hohn.

### 2.3.3 Das Gesetz über die Wehrpflicht und den Wehrdienst

In der Sowjetunion galt das "Gesetz über die *allgemeine* Wehrpflicht und den Wehrdienst". In der Neufassung des Gesetzes von 1993 ist der Zusatz "*allgemein*" entfallen.<sup>9</sup> Die Soldatenmütter folgern daraus, daß es in Rußland keine *allgemeine* Wehrpflicht mehr gibt. Sie beziehen sich dabei auf Artikel 22, 23 und 24 des am 28. März 1998 ergänzten (verschärften) Gesetzes, die eine Freistellung aus gesundheitlichen, familiären und sozialen Gründen bzw. eine Zurückstellung für ein bis drei Jahre ermöglichen, ja sogar vorschreiben. Schon angesichts des desolaten Gesundheitszustandes der Wehrpflichtigen dürfe, so argumentieren die Soldatenmütter, kaum ein junger Mann eingezogen werden. Wenn die Armee dennoch versuche, Kranke, Waisen, Debile, Drogenabhängige, Alleinernährer, Vorbestrafte, junge Väter etc. einzuberufen, verstoße sie laufend gegen geltendes Recht.

### 2.3.4 Die List der Argumente

In der Schule der Menschenrechte geht es immer darum, den Teilnehmenden klarzumachen, daß sie *Rechte* haben, die sie durchsetzen können und *müssen*. Sie haben das *Recht* und sogar die *Pflicht*, *nicht* zu dienen, falls die im Gesetz genannten Gründe auf sie zutreffen. Hinter dieser Argumentation steckt aber nicht nur eine eigene Philosophie, sondern auch ein gewisses Maß an List, die helfen soll, das Rechtsbewußtsein der ehemaligen Sowjetbürger zu stärken. Folgende Zitate belegen, daß List durchaus logisch sein kann:

- "Wenn ein Wehrpflichtiger nicht dienen will, ist er weder ein Wehrdienstverweigerer noch gar ein Drückeberger, sondern einer, der sein *Recht* wahrnimmt, nicht zu dienen."
- "Unser Prinzip ist: Niemand drückt sich. Alle unsere Wehrpflichtigen möchten dienen. Aber nach dem Gesetz dürfen sie das nicht, wenn sie untauglich sind, weil Untaugliche nicht in der Armee dienen dürfen."
- "Wenn Sie die Verfassung, das Gesetz über die Wehrpflicht und den Wehrdienst und die anderen Gesetze kennen, können Sie wählen: zu dienen oder nicht zu dienen. Nach geltendem Recht dürfte niemand mehr einberufen werden. Das heißt, auf der Grundlage

---

<sup>9</sup> Rossijskaja gazeta, 1.3.1993; Auszüge aus der Neufassung des Gesetzes vom 28. März 1998 sind seit 1998 in allen Neuauflagen der erwähnten Broschüre (Anm. 3) abgedruckt.



des Gesetzes verweigern wir bewußt den Wehrdienst und lernen, wie man das macht. Daran ist nichts Kriminelles."

- "Wenn wir die Abschaffung der Zwangsrekrutierung fordern, befolgen wir nur den Erlaß des Präsidenten Boris Jelzin über den Übergang zur Berufsarmee bis zum Jahre 2000."

Nach dem Gesetz über die Wehrpflicht und den Wehrdienst sind seit 1993 zivile Behörden für die Einberufung zuständig. Sie erfolgt zweimal jährlich: vom 1. April bis zum 30. Juni und vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember. Nach Beobachtungen der Soldatenmütter kommt es aber auch außerhalb dieser Fristen immer wieder zu (illegalen) Einberufungen. In St. Petersburg ist es die Städtische Einberufungskommission mit ihren Bezirkskommissionen, die den Wehrkommissariaten die Wehrpflichtigen überstellt. Der Einberufungskommission gehören auch Ärzte an, die den Gesundheitszustand der Wehrpflichtigen prüfen. Anfangs hatten nur Zivilärzte über Tauglichkeit oder Untauglichkeit zu befinden. Nach einem Befehl des ehemaligen Verteidigungsministers Pavel Gračev wurden den Kommissionen aber auch wieder Militärärzte überstellt, die in der Praxis vielfach allein über Tauglichkeit oder Untauglichkeit entscheiden, sich dabei aber nach völlig überholten Kriterien richten. Sie schreiben immer wieder Wehrpflichtige tauglich, die nach modernen gesetzlichen Kriterien nicht tauglich sind. Dabei spielt auch eine Rolle, daß die Streitkräfte unter einem chronischen Einberufungsdefizit ("nedobor") leiden, die Wehrkommissariate aber danach streben, den vom Generalstab vorgegebenen Sollplan zu erfüllen.

Die Soldatenmütter machen ihre Hörer darauf aufmerksam, daß der Beschluß der Einberufungskommissionen auch vor Gericht angefochten werden kann. Doch die Aufforderung: "Klagen Sie, klagen Sie, klagen Sie!" ist für die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer keineswegs selbstverständlich. In ihrer Broschüre geben die Soldatenmütter an, wie man Widerspruch einlegt oder eine Klage formuliert.

### *2.3.5 Die Grundlagen der Gesetzgebung der Rußländischen Föderation über den Schutz der Gesundheit der Bürger*

Von diesem Gesetz, das am 22. Juli 1993 verabschiedet wurde und das in Auszügen ebenfalls im Ratgeber abgedruckt ist, haben die meisten Ratsuchenden zwar gehört. Aber daß sie ein Recht auf freie Arzt- und Klinikwahl haben, wissen sie häufig nicht. "Nehmen Sie das Gesetz als Waffe, damit Sie zu Ihrem Recht kommen", raten die Soldatenmütter und nennen Ärzte ihres Vertrauens, die qualifizierte "moderne" Diagnosen stellen. Sie fordern auch dringend dazu auf, keine Ausgaben zu scheuen, da es um das Leben des Wehrpflichtigen gehe. Dabei soll den Fachärzten möglichst das in der Broschüre enthaltene Verzeichnis der Krankheiten ("raspisanie boleznej") vom 20. April 1995 in der Redaktion vom 22. Oktober 1998 vorgelegt werden, die auch die fünf Tauglichkeitskategorien enthält. Die Liste erleichtert gezielte Untersuchungen. Vor dem Besuch der Fachärzte müssen die Mütter aber "Hausaufgaben" machen, indem sie sich alle (Kinder-)Krankheiten ihrer Söhne in Erinnerung rufen und diese sorgfältig notieren. Dabei stellt sich immer wieder heraus, daß viele Untersuchungshefte ("medicinskie karty"), die noch aus Sowjetzeiten stammen, geschönte Angaben enthalten. So wurden häufig Schwangerschaftskomplikationen und Geburtstraumata verschwiegen, deren (Spät-)Folgen manchem Wehrpflichtigen heute die Freistellung erleichtern. Die von den

Soldatenmüttern am häufigsten genannten Krankheiten sind Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems, Schäden des Stütz- und Bewegungsapparates (Rückgratverkrümmung, vorzeitige Abnutzung der Wirbelsäule, Deformation des Brustkorbes, Plattfuß u.a.), chronische Bronchitis und Bronchialasthma sowie chronisches Untergewicht (bei mehr als 20%) infolge unzureichender Ernährung. Die meisten Wehrpflichtigen wissen nicht, daß sie nicht gesund sind.

#### **2.4 Die "Sieger"**

In jeder Schule der Menschenrechte treten "Sieger" auf, Mütter, die ihre Söhne vor der Einberufung bewahrt oder ihre Entlassung aus dem Dienst erwirkt haben, oder junge Männer, die das Procedere in der einen oder anderen Form hinter sich haben. Mit deutlichem Selbstbewußtsein zeigen die "Sieger" am eigenen Beispiel auf, wie man seine Rechte überzeugend vertreten und durchsetzen kann. "Das können Sie auch, jeder ist dazu fähig", lautet einer der Schlüsselsätze der beiden "Lehrerinnen".

#### **2.5 Die "Läufer"**

Ein besonderes Problem auch für die Soldatenmütter ist die große Zahl der Deserteure, die sich um Hilfe an sie wenden. Das Wort "Deserteur" erkennen sie freilich nicht an. Wenn ein Soldat geschlagen, gequält, gefoltert oder vergewaltigt wurde, so hat er nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, sein Leben und seine Gesundheit zu schützen, indem er vor seinen Peinigern flieht bzw. "wegläuft". Er ist also ein "Läufer" ("begunok"), dem geholfen werden muß. Da im Augenblick der Fahnenflucht der gesamte repressive Staatsapparat auf den "Läufer" und seine Familie angesetzt wird, kommt es darauf an, den Fahnenflüchtigen zu verstecken, ihn mit Kleidung und Nahrungsmitteln zu versorgen sowie das Procedere seiner Entlassung aus dem Wehrdienst einzuleiten. Meistens treten die Soldatenmütter selbst umgehend mit dem Kommandeur der Einheit und der Militärstaatsanwaltschaft in Verbindung.

Nachdem die Zahl der Deserteure, die sich an die Organisation gewandt haben, im Jahre 1996 sprunghaft auf 601 angestiegen war, gaben die Soldatenmütter 1997 eine Broschüre über den "Schutz der Rechte der Wehrdienstleistenden" ("Zaščita prav voennoslužbaščego sročnoj služby") heraus, die eigentlich vom Schutz der Rechte der Deserteure handelt. "Auf die Idee ist vor uns überhaupt noch niemand gekommen" (*Poljakova*).

#### **2.6 Praktische Hinweise**

Die Schule der Menschenrechte endet mit praktischen Hinweisen, die von den Besuchern eifrig notiert werden. Dabei fordern die Soldatenmütter die Betroffenen immer wieder auf, den Einberufungsbefehl und Vorladungen auf das Wehrkommissariat nicht zu ignorieren, sondern sich mit den Militärs auseinanderzusetzen – sozusagen mit der Verfassung und den Gesetzen in der Hand. Sie sollten auf keinen Fall den Eindruck erwecken, daß sie sich "drücken" wollen, sondern der Auseinandersetzung mit dem Wehrkommissariat gelassen entgegensehen und unbedingt nur schriftlich mit allen Instanzen verkehren. Der wichtigste praktische Rat betrifft immer die Vollmacht, die schon die Wehrpflichtigen einem

Angehörigen ausstellen sollen, damit sie einen gesetzlichen Vertreter haben, der ihre Interessen wahrnehmen kann, falls sie selbst z.B. infolge illegaler Einberufung daran gehindert werden. Das kann der Fall sein, wenn junge Männer außerhalb der festgesetzten Einberufungsfristen im Zuge einer Razzia ("oblava") auf offener Straße, am Arbeitsplatz oder in der Diskothek von Miliz und Militär abgeführt, zum Sammelplatz ("sbornyj punkt") gebracht und von dort ohne weitere Ausbildung direkt in die für sie bestimmte Einheit (z.B. in Tschetschenien!) geschafft werden, ohne daß die Eltern informiert wurden. Der zweite Hinweis betrifft persönliche Dokumente wie Ausweis, Paß und Wehrpaß, von denen die Wehrpflichtigen und Freigestellten immer nur beglaubigte Kopien bei sich tragen sollten, damit die Militärs die Papiere nicht in Beschlag nehmen können. Unter Hinweis auf Artikel 25 der Verfassung wird den Familien auch immer wieder nachdrücklich geraten, weder der Miliz noch den Militärs die Wohnungstür zu öffnen, wenn diese nach Wehrpflichtigen oder Deserteuren fahnden. Die Information, daß Familien keine Fremden in die Wohnung zu lassen brauchen, ist für viele völlig neu.

Müttern, die auch am Ende einer Schule der Menschenrechte noch zweifeln, ob sie den Kampf um den Sohn durchstehen können, raten die Soldatenmütter, die vielen Verwundeten aus Tschetschenien im Hospital zu besuchen. Die Mütter werden auch dringend aufgefordert, es nicht beim Besuch nur einer Schule der Menschenrechte bewenden zu lassen, sondern noch mehrere Male wiederzukommen. Poljakova bedauert, daß längst nicht alle sich an diesen Rat halten.

### **2.7 Die religiöse Komponente**

Die Soldatenmütter von St. Petersburg sind eine der wenigen Bürgerrechtsorganisationen in Rußland, die ihre Arbeit religiös motivieren. Deshalb ist in dem großen Raum, in dem die Schule der Menschenrechte stattfindet, ein kleiner Altar aufgebaut, und an den Wänden hängen religiöse Bilder. Und so sprechen Poljakova und Vilenskaja, beide bekennende Katholikinnen, zum Abschluß jeder Schule der Menschenrechte das Vaterunser oder ein Gebet des Franz von Assisi, den Poljakova 1995 nach einem Friedensmarsch von Perugia nach Assisi "entdeckt" hat. Beide Texte hängen "zum Mitbeten" an der Wand. Manchmal nehmen katholische Priester oder Franziskanermönche an der Schule der Menschenrechte teil, sprechen ihrerseits das Abschlußgebet und bieten ihre seelsorgerischen Dienste an.

### **2.8 Einzelberatungen**

Die bis April 2000 im Anschluß durchgeführten Konsultationen erfolgten in drei Gruppen: Jugendliche, Wehrdienstpflichtige und Wehrdienstleistende. Die Gespräche in den beiden erstgenannten Gruppen waren harmlos im Vergleich zu dem, was verzweifelte Mütter in der dritten Gruppe berichteten. Aus der "dedovščina" ist vielerorts Folter geworden. Obwohl die Soldatenmütter den Opfern immer wieder dringend raten, die Täter und die verantwortlichen Offiziere anzuzeigen, entschließen sich nur wenige Soldaten dazu. In den meisten Fällen wollen die Zeugen nichts gesehen haben, vor allem dann nicht, wenn sie ihre Dienstzeit noch nicht beendet haben. Zum anderen schützt die Militärjustiz die Ehre der Uniform. Bei den wenigen bekanntgewordenen Verfahren sind die Täter meist glimpflich davongekommen.

Im April 2000 wurden die Einzelberatungen von Seminaren abgelöst. Daran nehmen zweimal wöchentlich jeweils 40 bis 70 Personen teil, die in drei Gruppen "trainiert" werden. Durch die intensive Gruppenarbeit gelingt es besser, "das Bewußtsein der Bürger zu aktivieren" (*Poljakova*). Die Seminare stehen unter dem Motto: "Ich übernehme Verantwortung!"

### 3. Die Opfer

#### 3.1 *Der Fall Aleksej B., erzählt von ihm selbst:*

"Ich habe 15 Monate im Baubataillon in Sosnovyj bor gedient. Mit 17 war ich betrunken in einen Laden eingebrochen und hatte ein Bewährungsstrafe. Dann bin ich amnestiert worden und habe gearbeitet. Aber weil ich vorbestraft war, bin ich nicht zu den Grenztruppen oder zu den Truppen des Inneren gekommen, wohin ich gerne wollte, sondern ins Baubataillon. Unser ganzer Zug hat dort im Lenin-Kernkraftwerk (KKW) gearbeitet. Der Dienst war gut, wir bekamen gutes Essen, Fleisch, Fisch und Kartoffeln. Wir hatten immer Gutscheine für die Kantine im KKW und konnten oft nach Hause. Wir waren beim Reaktor eingesetzt; da haben sie uns weiße Kittel und Handschuhe gegeben und uns dahin geschickt, wo Zivilpersonen nicht arbeiten. Auf den Türen stand: 'Achtung, radioaktive Gefahr! Unbefugten ist der Zutritt verboten. Lebensgefährlich.' Aber wir haben den ganzen Tag dort gearbeitet, von 8.00 bis 17.00 Uhr abends, mit einer Mittagspause. Das war bestimmt gefährlich, aber von Strahlung hat niemand was gesagt. Sie haben gesagt: 'Habt keine Angst, alles ist normal.' Wir haben einen Fahrstuhl schacht gebaut, aber da lag radioaktiver Müll herum, den wir in Polyäthylensäcken einsammeln mußten, und die Säcke haben wir dann ans andere Ende des Geländes zu Containern gebracht. Die hatten auch das Strahlungszeichen. Da mußten wir den Abfall reinwerfen. Eigentlich habe ich gerne gedient, aber die 'dedovščina', die konnte ich nicht aushalten. Abends, in der Einheit, haben die Älteren uns verhöhnt und geschlagen. Gleich im ersten Monat haben sie mir die Nase zerschlagen. Einen Monat lang hatte ich blaue Flecken. Als es mir wieder besser ging, haben sie mich mit dem Hocker blutig geschlagen. Da hab ich das Bewußtsein verloren. Ich hatte eine Gehirnerschütterung, die Augen tun mir bis heute weh. Ich war schon im Bechterev-Institut zur Untersuchung, danach mußte ich zum Neuropathologen. Vor drei Monaten haben sie mir so auf die Hände geschlagen, daß ich immer noch Narben habe. Sie haben mich mit dem Gummigürtel gehauen, einer hat mich festgehalten, der zweite hat geschlagen, und der andere hat gelacht. Das Baubataillon ist eben das Baubataillon, da nehmen sie nur Vorbestrafte und Deserteure, die sie wieder eingefangen haben. Der älteste war 27, aber wir sind erst 18 Jahre alt. Wir können doch noch nichts, und das finden sie komisch, und deshalb erniedrigen sie uns, damit wir den Mund halten und still sind. Sie schlagen, schlagen und schlagen. Sadisten sind das, kurz gesagt. Sie waren schon im Zivilleben so, und so sind sie auch in der Armee. Sie machen das nie einzeln, einen allein hätte ich geschafft, aber sie sind immer zu

zweit oder zu dritt. Das erste Mal bin ich am 28. November geflüchtet. Dann rief meine Mutter im Bataillon an, und das war eine Dummheit. Sie haben mich abgeholt, und ich kam für fünf Tage in den Karzer. Dann habe ich einen Antrag gestellt, weil ich eine Gehirnerschütterung hatte, damit sie mich ins Hospital schicken, zur Untersuchung. Da haben sie gesagt, daß sie über die Sache nachdenken wollten. Meine Mutter hat auch einen Antrag gestellt. Da haben sie mich rausgelassen aus dem Karzer. Sie sagten: 'Geh in deinen Zug zurück.' Sie hätten kein Geld, um mich auszukurieren, ich sollte mich selbst kurieren. Ich ging wieder arbeiten, aber dann haben mich die Feldweibel geschlagen, und da bin ich wieder geflüchtet. Das war am 23. Dezember, seitdem bin ich flüchtig. Jetzt machen wir alle Dokumente fertig. Im Bechterev-Institut haben sie mich wieder untersucht und alles bestätigt. Jetzt wollen wir erreichen, daß ich ins Hospital eingeliefert und dann entlassen werde. Aber wenn ich noch mal in meine Einheit zurück muß, haue ich wieder ab, und dann zeige ich sie an."

### 3.2 *Der Fall Aleksej P., erzählt von ihm selbst und seiner Tante:*

"Ich wurde am 15. Juni 1998 eingezogen, und bis zum Herbst 1999 ging alles gut. Dann kamen viele nach Tschetschenien, 2.000 Mann oder so, die Hälfte der Einheit. Ich wollte auch hin, aber ich lag gerade im Hospital. Ich wollte hin, weil sie sagten, daß ein Tag dort soviel gilt wie drei Tage hier. Und die Kommandeure hatten uns auch Geld versprochen, 800 Rubel pro Tag oder so. Aber dann haben sie uns erzählt, daß der Bataillonskommandeur erschossen wurde, von Scharfschützen. Danach wollte ich nicht mehr hin. Mein Freund ist verwundet worden, er hat mir geschrieben, aber nur, daß alles in Ordnung ist. (Die Tante: "Da hängt ein Formbrief, und du kannst nur schreiben, was dort hängt.") Einmal sollte ich im Nachtdienst eine Dreiliterflasche Wasser holen, damit wir Tee trinken konnten. Damit ich's nicht vergesse, haben die "Großväter" mich geschlagen. (Die Tante: "Sie schlagen nicht nur. Sie zwingen die Jungen, ihre Uniformen zu reinigen, den Boden hinter ihnen aufzuwischen und ihnen Essen zu bringen, weil sie selbst nicht in die Kantine gehen.") Nach ein paar Stunden bin ich einfach nach Hause gelaufen. Abends kam der Kommandeur und hat mich wieder mitgenommen. Er hat gesagt, daß alles gut wird. Die Kameraden mußten sich bei mir entschuldigen, und natürlich habe ich ihnen verziehen. Aber nach ein paar Tagen ging es wieder los, es wurde noch schlimmer, da haben andere mich geschlagen. Ich bin wieder weggelaufen (Die Tante: "Beim zweiten Mal habe ich ihn überredet zurückzukehren. Das war vor den Wahlen. Ich hab ihm gesagt, alle müssen wählen. Sie würden ihn schon nicht so hart bestrafen. Aber er bekam wieder zehn Tage Karzer, und davor haben sie ihn wieder geschlagen.") Sie haben mich zurückgebracht, und ich bin wieder weggelaufen. Beim letzten Mal kamen zwei Feldweibel und haben mir gleich Handschellen angelegt, damit ich nicht noch mal weglaufe. Sie haben mich wieder nach Kamenka gebracht und mich für die Nacht mit einer Hand an die Heizung gekettet. Da sollte ich sitzen, bis ein Platz im Karzer frei wird. Da hab ich mir die Hand verbrannt. (Die Tante: "Das war eine

richtige Brandwunde. Jetzt ist sie schon verheilt.") Morgens hab ich mich losgemacht und bin geflüchtet, weil ich nicht wieder in den Karzer wollte. Da hat es mir gar nicht gefallen, weil ich da auch krank geworden bin. (Die Tante: "Sie sagen aber, daß gar nichts passiert ist, daß du einfach nicht arbeiten willst.") Nein, der Kommandeur will die anderen überreden, daß sie das sagen und daß ich sie nur anschwärzen will. (Die Tante: "Die Wahrheit findest du nicht heraus. Dann ist es wohl das Beste, daß wir versuchen, hier seine Entlassung zu erreichen. Der Junge wollte doch dienen, er ist freiwillig zur Armee gegangen.") Wenn ich das alles gewußt hätte, wäre ich nicht gegangen. Eigentlich wollte ich zu den Grenztruppen, aber dann bin nach Kamenka gekommen."

### 3.3 *Der Fall Aleksej V., erzählt von seiner Mutter:*

"Mein Sohn wurde im Sommer 1999 einberufen und ist sofort nach Vladikavkas gekommen. Davon habe ich erst durch einen Brief erfahren. Alëša schrieb, daß sie in den ersten zwei Wochen nur ein bißchen schießen gelernt haben. Dann mußten sie arbeiten, wie Sklaven haben sie gearbeitet. Garagen für die Vorgesetzten haben sie gebaut, und im Herbst haben sie Kartoffeln gesammelt. Ausgebildet wurden sie nicht. Im Dezember kam Alëša noch Mozdok, und danach kamen keine Briefe mehr. Wenn ich anrief, kam er nicht an den Apparat. Dann habe ich den Kommandeur angeschrieben, damit er mir mitteilt, wo mein Kind ist. Ich bekam keine Antwort. So habe ich ihn zwei Monate gesucht. Nur durch einen Zufall habe ich von einer Petersburgerin, deren Sohn im Hospital lag, erfahren, daß mein Sohn im Hospital in Novočerkassk liegt. Dort habe ich ihn gefunden. Aber dieses Hospital war eher ein Gefängnis, mit einer drei Meter hohen Steinmauer und Stacheldraht. Überall standen Wachen. Zuerst wollte sie mich überhaupt nicht reinlassen. Ich mußte meinen Paß abgeben, und dann haben sie Alëša gerufen. Er war in einem schrecklichen Zustand. Ich hätte ihn fast nicht erkannt. Er hatte ein Hämatom und eine gebrochene Nase. Im Hospital haben sie ihm die Nase noch mal gebrochen, aber geschrieben haben sie, er sei gegen eine Tür gerannt. Medizinische Hilfe hat er nicht bekommen. Sie haben ihm die Nase nur vom Blut gereinigt. Sein Gesicht ist total entstellt, er hat keine Nase mehr. Dann haben sie ihn als geheilt entlassen, obwohl er Gelbsucht und hohes Fieber hatte. Da hatte ich keinen Ausweg mehr. Mit Köpfchen und mit Hilfe fremder Menschen habe ich ihn da herausgeholt. Wenn ich ihn nicht entführt hätte, hätte ich ihn womöglich nie wiedergesehen. Er ist nicht behandelt worden, obwohl er Gelbsucht hatte. Er wäre einfach gestorben. Und bei all dem haben sie ihm noch vorgeworfen, daß er sich drücken will, daß er simuliert. Daraus habe ich für mich den Schluß gezogen, daß sie einfach nur Kanonenfutter brauchen. Viele Verwundete werden kurz behandelt und wieder in den Kampf geschickt. Dann können sie sie abhaken. Sehr viele desertieren. Niemand will in die Armee, niemand will in den Krieg. Deshalb sind nicht genug Wehrpflichtige eingerückt, sie haben ein Einberufungsdefizit. Für die Armee ist der Soldat kein Mensch. Ein Soldat ist kein Mensch. Mein Sohn

ist psychisch gebrochen. Sie haben alles aus ihm herausgeschlagen, was man nur aus einem Menschen heraus schlagen kann."<sup>10</sup>

#### **4. Die Soldatenmütter, die Militärs und die Politik**

##### **4.1 Die Mütter und die Militärs**

Die Zeiten, in denen die Militärstaatsanwaltschaft der Bürgerrechtsorganisation vorwarf, daß sie die Ehre der Armee "beflecke", sind (vorerst) vorbei. In den letzten Jahren hat sich eine Art "Arbeitsverhältnis" zwischen den Soldatenmüttern und mehreren Einheiten der Petersburger Garnison entwickelt, von dem beide Seiten profitieren. Denn die Kommandeure wissen sehr wohl, daß viele Wehrpflichtige ungesetzlich eingezogen werden. Wenn die Soldatenmütter nachweisen können, daß ein Soldat nicht tauglich war oder mißhandelt wurde, ist die vorzeitige Entlassung aus dem Dienst in der Regel unproblematisch. Auf der anderen Seite wenden auch die Soldatenmütter sich bisweilen um Rechtsrat an die Militärjuristen. Die Zusammenarbeit beschreibt Major *Andrej V. Tjagunov*, Stellvertretender Kommandeur der Einheit 45935, ein Jurist, wie folgt:

"Die Soldatenmütter sind oft in unsere Einheit gekommen. Sie haben in unserem Hospital immer wieder Soldaten ausfindig gemacht, die nicht tauglich waren und ungesetzlich einberufen wurden. Sie haben uns gebeten, eine Entscheidung zu treffen. Wir haben die Leute dann der Militärärztlichen Kommission vorgestellt, und wenn sich bestätigt hat, daß sie untauglich waren, haben wir sie in die Reserve entlassen. Im allgemeinen haben die Soldatenmütter uns geholfen, Leute aus den Streitkräften zu entlassen, die nicht dorthin gehören. Außerdem hatten wir mehrere Fahnenflüchtige, die Angst vor strafrechtlicher Verfolgung hatten, und da haben die Soldatenmütter zwischen den beiden Seiten vermittelt, also zwischen den Fahnenflüchtigen und unseren Dienststellen. Wir können uns hier in aller Ruhe mit diesen Soldaten treffen, uns aussprechen, und in der Regel gibt es keine besonderen Schwierigkeiten. Aber jede Einheit hat ihren Kommandeur, der seine eigene Politik macht. Natürlich gibt es auch Mängel, weil man nicht jedem Soldaten grenzenlos glauben darf. Es wird auch viel gelogen. Mir selbst sind zwei, drei Fälle bekannt. Aber die Organisation wird gebraucht, damit die Menschen zivilisiert aus einer Lage herauskommen, in der unklar ist, was das Gesetz sagt, oder Willkür von seiten der Staatsorgane festgestellt wurde. Für normale Armeeführer gibt es keinen Zweifel, daß diese Organisation gebraucht wird."

Oberst *Konstantin S. Gorodeckij*, der Psychologe der Einheit, schloß sich der Ansicht des Majors an, fügte aber hinzu, daß das Bild, das die Soldatenmütter von der Lage in der Armee

---

<sup>10</sup> Weitere Fallschilderungen bei Zolotonosov und Bogoslovskaja, cit.loc., sowie Marianna Butenschön, Ein Kampf um Leben. Bei den Petersburger Soldatenmüttern, BR 2, 21. April 2000, 20.05 Uhr; dies., "Retten wir unsere Söhne". Ein Tag bei den Petersburger Soldatenmüttern", WDR 3, 18. Juni 2000, 8.30 Uhr.

vermitteln, einseitig sei. "Nicht alle haben Angst vor der Armee. Viele treten den Wehrdienst gerne an." Die Angst könne aber überwunden werden, wenn es gelinge, das Vertrauen in die Armee wiederherzustellen. "Dazu kann auch der Tschetschenien-Feldzug beitragen."

Beide Offiziere traten für eine Berufsarmee ein. "Jeder normale Mensch ist dafür. Wenn er nicht krank im Kopf ist, ist er für eine Berufsarmee" (*Tjagunov*). Eine Berufsarmee würde auch den Kommandeuren die Arbeit erleichtern. "Aber im Augenblick schaffen wir das ökonomisch nicht. Alle sind dafür, fragen Sie, wen Sie wollen" (*Gorodeckij*).

Der Besuch der Offiziere bei der Organisation endete damit, daß Poljakova ihnen einen alten PC anbot, weil die Einheit 45935 nur über eine mechanische Schreibmaschine verfügt. Es ist mittlerweile auch nichts Ungewöhnliches mehr, daß die Soldatenmütter von den Militärs gebeten werden, ihnen die bekannten Europäischen Konventionen und weiterführende Literatur zu besorgen. Als besonderen Erfolg werten die Bürgerrechtlerinnen die Durchführung eines von der Ford-Stiftung finanzierten Seminars für Zivil- und Militärärzte im Frühjahr 2000.

#### **4.2 Der alternative Dienst**

Artikel 59, Absatz 3 der Verfassung garantiert jedem Bürger der Rußländischen Föderation das Recht auf einen "alternativen Zivildienst", falls seine Überzeugungen oder sein Glaube dem Wehrdienst widersprechen. Doch bis heute fehlt ein Ausführungsgesetz, weil die militärische Führung den Zivildienst nicht wirklich will. Zu Beginn ihrer Tätigkeit hat die Organisation die Idee des alternativen Dienstes unterstützt und die Wehrpflichtigen sogar aufgefordert, ihr verfassungsmäßiges Recht notfalls sogar einzuklagen. Mitte der neunziger Jahre haben mehrere Wehrdienstverweigerer ihre Prozesse gewonnen und sind bis zur Verabschiedung eines Ausführungsgesetzes zurückgestellt worden. Mittlerweile warnen die Soldatenmütter die Wehrpflichtigen davor, ihr Verfassungsrecht einzufordern. "Der alternative Dienst ist eine Falle" (*Poljakova*). Denn die Wehrdienstverweigerer landen für vier Jahre in Baubataillonen, die eigentlich bis Ende 1994 abgeschafft werden sollten, aber nie aufgelöst wurden. Die "Bausoldaten" arbeiten unentgeltlich für 13 zivile Ministerien, darunter die Ministerien für Atomenergie, Schwermaschinenbau und Chemie. "Die Baubataillone sind eine Arbeitsarmee, die unbezahlt Zwangsarbeit leistet" (*Poljakova*). In jüngster Zeit werden die "alternativščiki" wieder zu Bewährungs- oder Haftstrafen verurteilt. Einige dieser jungen Männer wollten sich bewußt nicht aus gesundheitlichen Gründen freistellen lassen, um ihr verfassungsmäßiges Recht auf alternativen Zivildienst durchzusetzen. Im November 1999 wurde Dmitrij Neverovskij, 26, in Obninsk zu zwei Jahren Haft verurteilt. Neverovskij hat gegen das verfassungswidrige Urteil Berufung eingelegt.<sup>11</sup>

#### **4.3 Der Militärlehrstuhl**

Der Militärlehrstuhl ("voennaja kafedra") an Hochschulen ist ein Überbleibsel der Sowjetzeit. Die Teilnahme an Vorlesungen und Übungen war für die Studenten Pflicht. Am Ende der Ausbildung waren sie Reserveoffiziere. Ende der achtziger Jahre verzichtete die Sowjetarmee auf die Einberufung der Hochschulabsolventen. Rußland hat die Militärlehrstühle erhalten,

---

<sup>11</sup> Vladimir Emeljanov, Ot voenkomata ne prjatsalsja, in: Moskovskie novosti, 7.-13.3.2000.



aber das Prinzip der Freiwilligkeit eingeführt und die Hochschulabsolventen eine Zeitlang nicht einberufen. Doch schon nach einem Präsidentenerlaß von 1995 konnten alljährlich wieder 18.000 Hochschulabsolventen einberufen werden. Nach der Ergänzung des Gesetzes über die Wehrpflicht und den Wehrdienst von 1998 unterliegen nun auch die Absolventen der Militärlehrstühle grundsätzlich wieder der Einberufung. Viele von ihnen sind sich nicht darüber im klaren, daß der Vertrag mit dem Verteidigungsministerium, den sie freiwillig unterschrieben haben, sie in ihren Rechten einschränkt. So werden sie für die Promotion oder ein Zweitstudium nicht mehr zurückgestellt. Sie werden auch nicht mehr zurückgestellt, wenn sie zwei oder mehr Kinder oder ein Kind im Alter bis zu drei Jahren haben.

Doch das wissen viele Studenten nicht. Viele meinen, daß sie nur studieren können, wenn sie auch die Ausbildung am Militärlehrstuhl absolvieren. Die Soldatenmütter müssen in ihrer Schule der Menschenrechte daher immer wieder erklären, daß "das Recht auf Bildung und der Militärlehrstuhl nicht das Geringste miteinander zu tun haben" (*Poljakova*).

Ein (wahrscheinlich typisches) Beispiel ist der Fall von *Igor' Š.*, der an der Akademie für Bauingenieure studiert:

"Unsere Akademie hat einen Vertrag mit dem Bonč-Bruevič-Institut für Telekommunikation abgeschlossen. Am dortigen Militärlehrstuhl können wir studieren. Dafür müssen wir bezahlen, obwohl wir kein zusätzliches Stipendium erhalten. Ich habe mich dort eingeschrieben. Man hat uns erklärt, daß wir am Ende den Leutnant d.R. bekommen und vom Wehrdienst freigestellt werden. Aber dann habe ich im Zug zufällig Soldaten kennengelernt, die nach Tschetschenien gebracht wurden. Sie haben mir erzählt, daß in ihrer Einheit auch Absolventen des Militärlehrstuhls dienen. Sie sagten, das sei Pflicht. Da ist mir der Schreck derartig in die Knochen gefahren, daß ich hierhergekommen bin, um mich zu erkundigen."

Am Institut für Telekommunikation dauert die Ausbildung zum Nachrichtenoffizier vier Jahre. Im ersten Semester müssen die Studenten zweimal, in der Folge einmal wöchentlich von 15.00 bis 20.00 Uhr Übungen besuchen. Danach folgt eine Grundausbildung ("Kurs molodogo bojca") in der Kaserne. Igor Š. ist von den Ärzten der Einberufungskommission ("Für die ist jeder gesund!") bereits für tauglich befunden worden, hat aber noch keinen Vertrag mit dem Verteidigungsministerium unterzeichnet. Er muß sich also noch einmal von Ärzten seiner Wahl untersuchen lassen und hoffen, doch noch aus gesundheitlichen Gründen freigestellt zu werden.

#### **4.4 Der Krieg in Tschetschenien**

Die Bürgerrechtsorganisation kämpft seit Beginn ihrer Tätigkeit gegen den Einsatz der Armee zur Lösung innerer Konflikte. Sie hat vehement gegen den ersten Tschetschenien-Krieg protestiert und die Aburteilung der Kriegsverbrechen in Tschetschenien durch ein internationales Tribunal gefordert. Seit Beginn der neuerlichen Kampfhandlungen im Herbst 1999 protestieren die Soldatenmütter auch gegen den zweiten Tschetschenien-Krieg, den sie für nicht weniger verbrecherisch und für Genozid am tschetschenischen Volk halten. Die Armee

erleide "kolossale Verluste", die von der Armeeführung bewußt verschleiert werden. (Presseerklärung der Organisation vom 5.2.2000).

Da die Stadt St. Petersburg nach Beginn der "Anti-Terror-Operation" nicht bereit war, eine Plakatdemonstration ("Piket") auf dem Nevskij prospekt zu erlauben, demonstrieren die Soldatenmütter seit dem 24. Januar 2000 jeden Montag um 12.00 Uhr bei der Metrostation "Dostoevskaja". Die Losungen der Montagsdemonstrationen sind die folgenden:

- "Tschetschenien, das ist der Präsidentensessel für Putin, Heldensterne für die Generäle, Armut für die Russen, Säрге und Invalidensöhne für die Mütter."
- "Sind bei Ihnen alle zu Hause?"
- "Wach auf, Rußland!"
- "Du sollst nicht töten!"
- "Mit unserem Schweigen töten wir unsere Kinder und friedliche Bürger und unterschreiben die Verurteilung der Demokratie in Rußland."
- "Schickt unsere Söhne wieder nach Hause!"

Darüber hinaus veröffentlichen die Petersburger Soldatenmütter regelmäßig Presseerklärungen, in denen sie fordern:

- das Blutvergießen und die Kriegshandlungen im Nordkaukasus zu beenden;
- die Truppen an ihre Standorte zurückzuführen;
- die Informationsblockade hinsichtlich der Ereignisse in Tschetschenien aufzuheben;
- die Journalisten ungehindert ihre berufliche Pflicht tun zu lassen und ihre Sicherheit zu garantieren;
- Verhandlungen mit dem tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadov aufzunehmen und
- die Armee in ein Vertragssystem ("kontraktnaja sistema komplektovanija") zu überführen.

In ihrer Schule der Menschenrechte fragen die Soldatenmütter in der Regel, wer die "Anti-Terror-Operation" billigt. Zu Beginn des zweiten Tschetschenien-Krieges waren rund 30 Prozent der Teilnehmenden dafür, seit Jahresbeginn 2000 hebt kaum noch jemand die Hand. Man kann daraus folgern, daß die Zustimmung zum Krieg abnimmt.

Aus Gesprächen mit Müttern, die ihre Söhne im Januar/Februar 2000 eigenhändig aus nordkaukasischen Kasernen herausgeholt haben, ergibt sich ein Bild vom zweiten Tschetschenien-Krieg, das nichts mit der offiziellen Darstellung und der von den Militärs zensierte Berichterstattung der Massenmedien zu tun hat: Tausende/Zehntausende Wehrpflichtige sind vor Ablauf der sechsmonatigen Grundausbildung nach Tschetschenien geschickt worden, viele ohne Wissen ihrer Angehörigen. Unterbringung und Verpflegung in den nordkaukasischen Garnisonen spotten jeder Beschreibung. In Bujnaxsk mußten die jungen Petersburger in ihren Uniformen schlafen, konnten sich nur selten waschen und bekamen überwiegend halbgare Kartoffeln und verfaulten Fisch zu essen. Bettwäsche gab es nicht. Außer Analgin standen

keine Medikamente zur Verfügung. Als Rekruten waren die Petersburger auch den Attacken der "Großväter" ausgesetzt, die nachts kamen, um sie zu schlagen, und ihnen bis zur Zahnbürste alles abnahmen, was sie an persönlichen Gegenständen besaßen.

Die Korrespondenz der Soldaten wird streng zensiert. Deshalb schreiben die Soldaten in der Regel, daß es ihnen gutgeht und daß die Eltern sich keine Sorgen machen sollen. Die Mütter ihrerseits können oder wollen nicht glauben, daß ihre Söhne ihnen "nicht die Wahrheit" schreiben. Den Berichten zufolge werden häufig zuerst die "Einjährigen" in den Kampf geschickt, während die "Säuberungen" (začistki) der Dörfer von Spezialtruppen ("specnazny") übernommen werden. Eine besonders große Zahl von Wehrpflichtigen kommt aus der Provinz, so daß die Soldatenmütter von einer Dorfarmee ("derevenskaja armija") sprechen.

Mehrere Soldaten haben der Organisation berichtet, daß sie systematisch gegen die Tschechen aufgebracht und zum Töten aufgefordert wurden. "Man hat uns gesagt: schießt alle tot, egal, ob Frauen oder Kinder, erschießt sie alle." In vielen Einheiten wurden die Briefkästen eingesammelt, damit die wehrpflichtigen Soldaten ihren Eltern nicht mitteilen können, daß sie nach Tschetschenien kommen.

#### **4.5 Die Soldatenmütter und die Politik**

Die politische Einordnung der Soldatenmütter ist nicht einfach. Von den politischen Parteien halten die Bürgerrechtlerinnen nicht viel. Umgekehrt mögen die Mächtigen die Soldatenmütter nicht, und die politischen Parteien zeigen kein Interesse für sie. In ihrer Schule der Menschenrechte "predigen" sie den Grundsatz: "Glaube nicht, fürchte dich nicht, bitte nicht" ("Ne ver', ne bojsa, ne prosi"). Damit sollen Abhängigkeiten von der Macht abgebaut werden.

##### *4.5.1 Die Mütter und der Smol'nyj<sup>12</sup>*

Das Verhältnis ihrer Organisation zur Macht bezeichnen Poljakova und Vilenskaja selbst als "normal". Beide sprechen von "Arbeitsbeziehungen". Da die Soldatenmütter materiell nicht vom Wohlwollen der Administration abhängig sind, können sie das Verhalten der Mächtigen "ruhig" kritisieren, ohne Repressalien fürchten zu müssen. Zumindest in St. Petersburg gibt es mittlerweile ein stillschweigendes Einverständnis darüber, daß es besser ist, sich an das Gesetz zu halten. "Unsere Beziehungen zur Macht laufen über die Menschen, die sich an uns wenden. Wir empfehlen den schriftlichen Umgang mit der Macht: Frage–Antwort. Antrag–Antwort. Das kommt der Macht sogar entgegen, ihr gefällt diese Art Umgang. Sie ist gezwungen, zivilisiert zu reagieren" (*Vilenskaja*).

##### *4.5.2 Die Mütter und die Parteien*

Die Soldatenmütter sind Radikaldemokratinnen ohne parteipolitische Präferenzen. Die Parteien beurteilen sie naturgemäß nach deren Haltung zu Armeefragen, insbesondere zur Zwangsrekrutierung. Ihre Sympathien galten in der Vergangenheit mal "Jabloko", mal der Demokratischen Wahl Rußlands, wobei sie sich eher an Persönlichkeiten als an

---

<sup>12</sup> Sitz des Gouverneurs von St. Petersburg.

Parteiprogrammen orientierten. Mit der Unterstützung für "Jabloko" war es vorbei, als der ehemalige Ministerpräsident, Innenminister und FSB-Chef Sergej V. Stepašin sich der "Jabloko"-Fraktion in der Staatsduma anschloß. Stepašin ist in den Augen der Soldatenmütter einer der Hauptverantwortlichen des ersten Tschetschenien-Krieges. Außerdem hat die "Jabloko"-Fraktion der Gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg bisher keine Anstalten gemacht, mit der Organisation zusammenzuarbeiten. All das schließt aber nicht aus, daß die Soldatenmütter bestimmte "Jabloko"-Ansichten teilen.

Auch mit den anderen demokratischen Parteien kam es zu keiner engeren Kooperation. Zwar hat die "Demokratische Partei Rußlands" Èlla Poljakova 1999 mit dem Galina-Starovojtova-Preis ausgezeichnet, aber danach ging das Interesse der Partei an der Organisation wieder verloren. Seit die "Union der rechten Kräfte" ("SPS") Vladimir Putin stützt, ist an eine engere Zusammenarbeit auch mit diesem Parteienbündnis nicht mehr zu denken, was wiederum nicht ausschließt, daß die Soldatenmütter bestimmte SPS-Meinungen teilen und bestimmte "SPS"-Abgeordnete stützen. So haben sie bei den Wahlen zur Staatsduma im Dezember 1999 Rechtsanwalt Julij A. Rybakov, den ehemaligen Dissidenten und Vorsitzenden der "Demokratischen Partei Rußlands", der auch für eine Berufarmee eintritt, unterstützt. Bisher war Rybakov der einzige Abgeordnete der Staatsduma, der die Organisation besucht hat. Aus der Gesetzgebenden Versammlung der Stadt St. Petersburg hat sich noch nie ein Abgeordneter zu den Soldatenmüttern verirrt. "Die genießen sich" (*Poljakova*).

"Ohne die zivile Gesellschaft, die ihre Interessen formuliert, kann es keine politischen Parteien geben", sagt *Poljakova*. "Ein Karren bewegt sich ohne Pferd ja auch nicht vorwärts, und wir müssen uns jetzt schon beeilen, weil wir gegen die Zeit arbeiten. Wir haben immer gesagt, daß wir zuerst eine zivile Gesellschaft aufbauen müssen. Aber die gesellschaftlichen Organisationen und die Parteien haben nicht in dieser Richtung gearbeitet. Das ist Rußlands größtes Problem. Sie haben eine Menge Losungen hervorgebracht, untereinander gestritten und den Westen irregeführt. Aber die Demokratie haben sie nur imitiert."

Der 26. März 2000, der Tag, an dem Vladimir Putin zum Präsidenten Rußlands gewählt wurde, war für die Soldatenmütter ein "Trauertag". Die Wahl des ehemaligen KGB-Agenten und FSB-Direktors sei ein Indiz für die Schwäche der zivilen Gesellschaft in Rußland. "Die Angst ist wieder da", konstatiert *Poljakova*, zeigt sich aber überzeugt, daß eben diese Angst "durch stille beharrliche Basisarbeit" überwunden werden kann. "Wenn man das erst einmal verstanden hat, muß man nur noch Geduld haben."

## 5. Mängel und Schwächen

Auf die Frage "Wo sehen Sie selbst die Schwächen Ihrer Arbeit?" nennen *Poljakova* und *Vilenskaja* an erster Stelle einen gewissen Mangel an Organisiertheit, die Unfähigkeit, Arbeiten zu delegieren, und das Unvermögen, mit Menschen zusammenzuarbeiten, die ihre Ansichten nicht hundertprozentig teilen. Und in der Tat scheinen sich die Petersburgerinnen mit ihrer Rigorosität und ihrem hohen moralischen Anspruch manchmal selbst im Weg zu stehen.

Sie beherrsche keine Fremdsprache, könne nicht mit dem Computer umgehen, habe Angst vor ihrem eigenen Fanatismus, stehe deshalb noch immer nicht *über* den Problemen und fürchte Provokateure, gesteht *Poljakova* ein. Deshalb neige sie zu übermäßiger Kontrolle. "Im Ergebnis arbeiten wir zu wenig mit den Menschen." Das ist vermutlich auch der Grund dafür, daß die Organisation stagniert und sich nicht weiterentwickelt. Auf der anderen Seite besitzt sie Informationen, die vertraulich behandelt werden müssen. Je größer der Kreis der Mitarbeiter/-innen wird, desto mehr wächst auch die Gefahr, besonders in der posttotalitären Gesellschaft Rußlands, daß "agents provocateurs" in die Organisation eingeschleust werden. Das ist die größte Sorge der Soldatenmütter. Auch diese Angst hemmt die Entwicklung der Organisation.

Als "sehr ernsten Mangel" empfinden beide Vorsitzende die Tatsache, daß in ganz Rußland keine zweite Soldatenmütterorganisation des Petersburger Typs entstanden ist, haben dafür aber außer der "besonderen Atmosphäre" in der zweiten Hauptstadt mit ihren demokratischen Traditionen keine schlüssige Erklärung. "In den Kleinstädten und in den Dörfern schlafen sie bis heute", meint *Vilenskaja*, verweist aber auf die zahlreichen Anfragen aus ganz Rußland, die ihrer Ansicht nach darauf hindeuten, daß sich "partiell" auch in den Regionen etwas geändert hat.

## 6. Desiderata und Perspektiven

Die Organisation leidet vor allem unter Geld- und Personalmangel sowie unter der räumlichen Enge in der Raz-ežžaja 9. In der Schule der Menschenrechte müssen viele Besucher stundenlang stehen, weil es an Stühlen fehlt. Keine Soldatenmutter hat ein eigenes Arbeitszimmer. Ein eigener Raum fehlt auch für die Freiwilligen. Ein separater Raum steht nur der Psychologin für ihre Sprechstunde zur Verfügung. Da nunmehr feststeht, daß das Haus in der Raz-ežžaja im Jahre 2003 geräumt werden muß, hat die Suche nach neuen Räumlichkeiten begonnen.

Eine gesicherte Finanzierung der Organisation steht auf der Wunschliste folglich ganz oben. Dabei bleiben die Soldatenmütter auf westliche Fördermittel angewiesen. Die nachstehenden Projekte, die bei entsprechender Finanzierung realisiert werden könnten, sind in der täglichen Arbeit der Organisation bereits angelegt:

- Bildungsprogramme für Jugendliche, Seminare für Lehrer, Rechtsanwälte, Richter und junge Offiziere, Fortbildung der Freiwilligen, Vortragsreisen in den Nordwesten Rußlands;
- Aufbau einer Datenbank, Präsenz im Internet, wissenschaftliche Aufarbeitung des seit 1992 gesammelten Materials;
- Fortführung der Pressespiegel, Gründung einer eigenen Zeitschrift und kontinuierliche Pressearbeit durch Fachjournalisten;
- Ausdehnung der eigenen Publikationstätigkeit, Bildungssendungen in Funk und Fernsehen;
- Rehabilitationsprogramme für Folteropfer, Einrichtung eines Notdienstes Rechtsberatung durch Juristen;

- Gründung einer Jugendorganisation;
- Lobbyarbeit in der Gesetzgebenden Versammlung von St. Petersburg und der Staatsduma in Moskau, in Straßburg und Brüssel.

Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß die Bedingungen für die Arbeit der Bürgerrechtler/-innen unter Präsident Vladimir Putin schlechter werden. Eine verstärkte Remilitarisierung der rußländischen Gesellschaft hat bereits eingesetzt. Der Militärische Grundlagenunterricht ist in die Schule zurückgekehrt, 200.000 Reservisten müssen alljährlich wieder zu Übungen ("sborny") einrücken, und die Einberufung aller verfügbaren Hochschulabsolventen ist nur noch eine Frage der Zeit.

Auch die Folgen der beiden Tschetschenien-Kriege bereiten den Soldatenmüttern Sorgen. Die Militärs hätten aus Tschetschenien eine "Zone" gemacht, in der keine Gesetze mehr gelten. In dieser "Zone" hätten unzählige Soldaten und Milizionäre straflos morden und rauben können. "Jetzt breitet sich diese Zone über ganz Rußland aus. Das ist furchtbar" (*Poljakova*). Ein besonderes Problem sehen die Soldatenmütter in der Tatsache, daß die Armee vor allem in der Provinz gezielt Reservisten für den Einsatz in Tschetschenien angeworben hat. Die sog. "kontraktniki", unter ihnen viele Arbeitslose, hätten für Geld getötet und seien dafür auch noch belobigt worden. In welcher Verfassung kehren diese Männer also zurück? Wie wird sich das "Tschetschenien-Syndrom" auswirken?

Schlußwort *Poljakova*: "Natürlich gefällt uns nicht, daß Rußland wieder in der Gewalt des Bösen ist. Das ist schlecht. Aber nicht alles in Rußland ist schlecht. In Rußland gibt es sehr viel Gutes, aber dieses Gute muß gestärkt werden. Wir müssen gemeinsam handeln und gemeinsam darüber nachdenken, daß eine Armee nicht in der Lage ist, die Menschenrechte zu schützen. Und das gilt nicht nur für die rußländische Armee. Die rußländische Armee ist nur ein Parameter dafür, wie eine Armee nicht sein darf."

Schlußwort *Vilenskaja*: "Ich glaube, daß niemand uns etwas schuldet. Das heißt, es ist unsere eigene Schuld, daß wir in dieser Lage sind, und wir selbst müssen alle unsere Kräfte anspannen, um sie zu ändern. Niemand ist verpflichtet, das an unserer Stelle zu tun. Aber andererseits muß auch von außen Druck ausgeübt werden. Wenn die Menschenrechte in Rußland verletzt werden, dann geht das die ganze Welt an. Das ist kein inneres Problem Rußlands. Aber im Umgang mit Menschen aus anderen Ländern haben wir den Eindruck gewonnen, daß die Armee in jedem Land eine heilige Kuh ist, an die niemand rühren möchte. Sobald die Rede auf unsere Armee kommt, sagt man uns, daß man sich nicht in unsere Angelegenheit einmischen wolle. Aber diese Armee bedroht Sie."

## 7. Publikationen

Einige der folgenden Publikationen der "Soldatenmütter von St. Petersburg" wurden durch westliche Finanzhilfen ermöglicht:

SM-S-Pb (Hrsg.), Prava prizyvnikov i voennoslužbaščich sročnoj služby v Rossijskoj armii (po materialam publikacii periodičeskoj pečati), Sankt-Peterburg 1995.

Soldatenmütter St. Petersburg (Hrsg.), Menschenrechte in der russischen Armee, Deutsch-Russischer Austausch e.V. in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung, St. Petersburg, September 1995.

Stefan Glienke/Julia Bassam (Hrsg.), Press-Review, 1994-1996, St. Petersburg 1997 (Phare/Tacis).

Michail N. Zolotonosov, Obyknovennyj sadizm, Stat'i o Rossijskoj armii: 1993-1997, Sankt-Peterburg 1997; E.Ju. Vilenskaja/A.R. Oding/Ė.M. Poljakova/A.A. Jarichin (Hrsg.), Zaščita prav voennoslužbaščego sročnoj služby, Sankt-Peterburg 1997 (Phare, Tacis, Soros).

"Soldatenmütter von St. Petersburg". Wie ein Grundwehrdienstleistender seine Rechte wahrnehmen kann; Auszüge aus der vorgenannten Borschüre; aus dem Russischen von Brigitte Steiger, St. Petersburg 1997.

E.Ju. Vilenskaja/V.S. Poljakov/Ė.M. Poljakova (Hrsg.), Prava čeloveka i vooružennye sily. Sbornik statej i publičnych vystupenij, S.-Peterburg 1998 (Freedom house).

E.Ju. Vilenskaja/A.R. Oding/Ė.M. Poljakova/A.A. Jarichin (Hrsg.), Zaščita prav prizyvnik a i voennoslužbaščego sročnoj služby, Sankt-Peterburg (Neuaufgabe Ende 2000); vgl. auch: [www.soldiersmothers.spb.org](http://www.soldiersmothers.spb.org).

Ein von der Soros-Stiftung finanziertes "Merkblatt für den Soldaten" ("Pamjatka dlja soldata") ist in Vorbereitung.

Die Adresse der Organisation:

Soldatskie materi Sankt-Peterburga  
Raz-ezzaja 9, 190002 St. Petersburg  
Tel./Fax: (007-812) 112-4199, 112-5058  
E-mail: [info@soldiersmothers.spb.org](mailto:info@soldiersmothers.spb.org)  
<http://www.soldiersmothers.spb.org>



## **Marianna Butenschön**

### **The "Soldiers' Mothers of St. Petersburg"**

"Let us protect our sons"

Bericht des BIOst Nr. 23/2000

## **Summary**

### *Introductory Observations*

The present report is based on exploratory studies carried out by the author during four periods between 1996 and 2000 spent with the civil rights organisation "Soldiers' Mothers of St. Petersburg". It is the first-ever attempt to describe and analyse the activities of Russian soldiers' mothers more closely. For this purpose, the author recorded several exercises and the following individual consultation sessions in the "School of Human Rights 'Let us protect our sons'" run by the St. Petersburg civil rights organisation. She also conducted numerous interviews with mothers and grandmothers (and just a few fathers) in need of counselling. In the years 1998-2000, the number of young men liable to military service, and even of serving conscripts, who are *themselves* turning to the Soldiers' Mothers for advice has increased significantly. With just a few exceptions, the persons interviewed were very keen to voice their views. Clearly hesitant responses came only from officers of the St. Petersburg garrison, who are occasionally to be found visiting the Soldiers' Mothers. Ella M. Polyakova and Elena Yu. Vilenskaya, the two Chairwomen of the civil rights organisation, were also extensively questioned. The author also had access to the publications and to the press archive of the Soldiers' Mothers. The transcriptions of the tape recordings (recorded 17.1. – 5.2.2000) are in the possession of the Federal Institute. The quotes cited in this report are taken from these recordings.

### *Findings*

1. The "Soldiers' Mothers of St. Petersburg" are part of the soldiers' mothers movement that emerged in the Soviet Union around the turn of the nineties with various objectives and forms of organisation. The St. Petersburg group was founded on 10th November 1991 and registered on 28th February 1992 as the "Social Legal Defence Organisation 'Soldiers' Mothers of St. Petersburg'" ("Obshchestvannaya pravozashchitnaya organizatsiya 'Soldatskie materi Sankt-Peterburga"). The "Soldiers' Mothers of St. Petersburg" are an independent civil rights organisation that is not to be confused with the (better-known) Moscow Committee of the Soldiers' Mothers of Russia. The two organisations are not connected in any way. Nor does the organisation that is the subject of this report have any contact with the St. Petersburg committee "Soldier's Mother", an organisation founded by the army and based in the House of Officers on the Liteyny prospekt.



2. The "Soldiers' Mothers of St. Petersburg", together with the St. Petersburg society "Memorial", the legal aid group "Citizens' Control", the "Female Voters' League" and the "German-Russian Exchange Association", belongs to the small group of non-governmental organisations (NGOs) in Russia's northern capital that have set themselves the objective of the implementation of human and civil rights. According to its statutes, the civil rights organisation is a "horizontal-type organisation" that rejects any form of hierarchy. All members have the same rights and access to all files and documents. The Soldiers' Mothers have a reputation as being extraordinarily effective and reliable.
3. The "Soldiers' Mothers of St. Petersburg" are one of the few civil rights organisations in Russia who expressly proclaim that their work is motivated by religious convictions. Their premises have been blessed by priests of the three major Christian denominations and by a Muslim clergyman.
4. The "Soldiers' Mothers of St. Petersburg" is a women's organisation that also has male members. The organisation cultivates an obviously religiously motivated maternal cult. The woman as a mother is responsible for life and its protection. The young man, the conscript, the soldier remains a/her "child" for ever. Fathers appear hardly to be present in the family. This gives rise to a paradox: most fathers still want their sons to do military service so that the army can make "a man" out of them, but then it is the mothers who turn to the civil rights organisations for advice and assistance. According to the Soldiers' Mothers' observations, many marriages and father-son relationships have broken down because of different standpoints on the army issue.
5. A look into the Soldiers' Mothers' work is at the same time an insight into the everyday life of the armed forces, which, in the opinion of the civil rights activists, are a "school of violence" in which elementary violations of human rights, violence, hunger, torture and forced labour are the order of the day. Breaches of the law have even been on the increase in recent years. These start with illegal conscription, continue via the infamous tradition of hazing ("dedovshchina", or "grandfathers' rule" – the systematic oppression of young recruits by their elder comrades), and culminate in the deployment of untrained recruits in combat areas. According to various estimates, up to 5,000 soldiers per year die while doing military service, even in peacetime, and tens of thousands of young men returning to their families have been tortured and have themselves tortured others. In the opinion of the Soldiers' Mothers, the army is the primary cause of violence in the family.
6. Medical examinations in St. Petersburg have shown that there are hardly any able-bodied young men any more. Nevertheless, in order to meet the targets set by the General Staff, the army ropes in anybody it can get its hands on, including the physically and mentally ill, mentally handicapped youths, persons with a criminal record, and drug addicts. Even those who are half-way healthy when they are recruited are frequently ill by the time they leave the army, their health ruined by the practice of "dedovshchina". As a result, draft-dodging has become a mass phenomenon. In the spring of the year 2000 alone, 49,000 out of 191,000 persons liable to military service failed to respond to the call-up.
7. In the course of their by now almost ten years of activity, the "Soldiers' Mothers of St. Petersburg" have developed a mechanism for safeguarding human and civil rights

before/in the army. This mechanism enables persons on the draft lists, serving conscripts and deserters to secure their exemption or early discharge by legal means, if they can prove valid health or social grounds. The St. Petersburg Soldiers' Mothers explain this mechanism in their "School of Human Rights 'Let us protect our sons'", which is held twice a week and is attended by 100-150 persons at each session. They have recently also started holding twice-weekly seminars, which attract a similar number of people. The "School of Human Rights" could be described as giving elementary lessons in civic education.

8. "We are not hirelings", say the Soldiers' Mothers. They do not offer a service, as some visitors think, but instead help others to help themselves. The organisation sees itself explicitly as a self-help group. Those who come to it for counselling are supposed to learn not only to help themselves but also to assist others in the same position by passing on what they have learned in the "School of Human Rights". Anybody coming to the "Soldiers' Mothers of St. Petersburg" for advice and assistance has to be prepared to make a strong effort on her own and to join in discussions with others who have similar concerns.
9. Since its foundation in the autumn of 1991, the civil rights organisation has advised more than 65,000 young men, draftees and serving conscripts and their relatives and has secured the exemption ("komissovanie") of just on 59,000 draftees and the early discharge of 3,300 soldiers and deserters. Of course, the word "deserter" is taboo for the Soldiers' Mothers. They speak of "runners" ("begunki") who are asserting their constitutional right to life, dignity and health. Since the start of the Second Chechen War, the number of persons seeking counsel has risen to about 1,000 per month.
10. In St. Petersburg, at least, the Soldiers' Mothers have brought about a change in awareness that has made the citizens of St. Petersburg today more willing to fight for their rights than people in the other regions of Russia. In this respect, the Soldiers' Mothers have made a significant contribution to building up a civic society in Russia. While in the early nineties it was nearly all mothers and grandmothers who came to the organisation, recently more and more young men have *themselves* been asking for help. The number of fathers turning to the organisation has also increased.
11. Reports of violence and abuse in the Soviet armed forces started finding their way into the Soviet press only as of the late eighties. Since then, the situation in the Russian armed forces has, if anything, deteriorated still further. It is largely thanks to the Soldiers' Mothers that this topic has remained prominent in the media and is also being brought to the attention of an international audience. To this day, there is nobody better to ask for information about the living conditions in the Russian armed forces than the Soldiers' Mothers. The impression persists that, even in supposedly democratic Russia, the army remains a state within the state which is able to evade societal and parliamentary control and lives according to its own laws. This is also one reason why it is still rare for criminals in uniform to be put on trial.
12. The Soldiers' Mothers are also a better source of reliable information on the so-called "anti-terror operation" in Chechnya than the press centre of the armed forces or the mass

media. Conscripts and deserters who have put Chechnya "behind them" and mothers who have rescued their sons from Caucasian barracks pass on information to the organisation about violence, hunger, deprivation and disorderliness, about pillaging and mass murder of the civilian population, about mistakes made by commanders and rampant censorship. These descriptions of what is going on allow only one conclusion: that the "anti-terror operation" is in fact a war of annihilation against the Chechen people which is bound to have traumatic consequences for all of Russian society (the "Chechnya syndrome").

13. Following the collapse of the USSR, the Soldiers' Mothers hoped that it would be possible to reform the army, especially since all its problems were already clearly evident in the late eighties. This hope has not been fulfilled. The more capable officers have long since taken their leave, the reform of the armed forces is stagnating. This is why the Soldiers' Mothers, citing President Yeltsin's decree, are calling for a (much smaller) professional army and are gathering signatures for the abolition of conscription. In doing so they even enjoy the approval of the major part of the officers corps. Talks conducted with St. Petersburg officers allow the conclusion to be drawn that the military's (initially) hostile attitude towards the Soldiers' Mothers is now relaxing and is now more in the nature of a "working relationship".
14. The St. Petersburg Soldiers' Mothers' extensive archive is not yet being used for academic studies. A data bank is in the making but cannot be regularly filled, due to lack of funds. Other plans by the civil rights organisation, for instance for its own newspaper, qualified public relations and media work, legal advice and rehabilitation programmes, remain on the drawing board due to a shortage of funds and manpower. The organisation survives on voluntary donations and on occasional "grants" from Western foundations and European institutions. The Soldiers' Mothers are so over-worked that they have to rely heavily on help from volunteers and other supporters. They are also pleased to welcome young foreigners with a working knowledge of Russian who would like to gain some practical experience in Russia.
15. *Ella M. Polyakova* and *Elena Yu. Vilenskaya*, the two Chairwomen of the civil rights organisation, are frequently asked how they explain the extraordinary success of their work. "What we say and what we do are not two different things", answers *Polyakova*. "In totalitarian Soviet society, people became accustomed to saying one thing but doing something completely different. Very many social organisations are doing just the same: they say one thing but do something totally different. In our case, what we say is what we do, and that is probably what people need most. We take away their fears, we dispel all these phantoms that are obscuring their view of the reality around them." And *Vilenskaya* adds: "People in our country really want to see human life respected at last. The young men, especially, who have run away from the army and come to us, they are always surprised that we treat them as human beings. Here, they feel for the first time that they are human beings and that they are respected. And that changes their state of mind radically!"